Breslauer Zeitung

Die Expedition ist Herrenstrasse Nr. 20.

№ 272. Mittwoch den 21. November. 1849.

Preußen.

Kammer-Verhandlungen.

I. Kammer. 69. Sitzung vom 19. Novbr.

Die Sitzung wird um 10¼ Uhr vom Präsidenten v. Auerswald eröffnet.

Am Ministertisch finden sich ein: v. Rabe, Graf v. Brandenburg, Simons, v. Manteuffel.

Der Abgeord. Diergardt erhält den nachgesuchten Urlaub.

Präs. schlägt vor: für das Gesetz über Aufhebung des Insertions- und Intelligenz-Zwanges eine besondere Kommission zu ernennen; es wird stillschweigend genehmigt.

Tagesordnung: Interpellation des Abg. Hermann an das Staatsministerium, Betreffs der Einführung einer allgemeinen Grundsteuer*).

Finanzmin. v. Rabe erklärt sich bereit, die Interpellation in der ersten Sitzung der nächsten Woche zu beantworten.

Der Interpellant (Hermann) begründet die Interpellation: Die Forderung des Volkes ist nur eine Forderung der Gerechtigkeit. Das jetzige Ministerium hat aber auch eine formelle Verpflichtung durch das königl. Patent vom 5. Dezember v. J. übernommen, dieser Forderung der Gerechtigkeit zu genügen. Es ist bereits ein Jahr verflossen, ohne daß dies geschehen. Der Herr Finanzminister hat auf eine ähnliche Interpellation in der zweiten Kammer nicht über den letzten Theil meiner Interpellation geantwortet. **Wenn es sich herausstellt, daß wir zu wenig zahlen, werden wir gern bereit sein, das uns Zukommende zu tragen; aber wir wollen auch nicht die Lastträger für andere Landestheile sein!**

Nochmalige Abstimmung über den Verbesserungs-Antrag des Grafen Helldorf: „Die Petitionen Nr. 955, 914, 911, 988, 932, 904 und 883 dem Centralausschusse für Revision der Verfassung zu überweisen," wird nach kurzer Debatte jetzt verworfen, obgleich er in der vorigen Sitzung angenommen worden.

Kommissions-Bericht, betreffend die Verordnung vom 15. Juni 1849 über die Bestrafung der Vergehen gegen die Telegraphen-Anstalten. Die Kommission beantragt: der Verordnung vom 15. Juni d. J. die Genehmigung zu ertheilen. du Vignau hebt in längerer Rede die Wichtigkeit der elektromagnet. Telegraphie hervor und bespricht die Nothwendigkeit der einzelnen Bestimmungen des betreffenden Gesetzes. Der Antrag der Kommission wird angenommen.

Präsident theilt mit, daß der geh. Regierungsrath Schultz in Potsdam an Stelle des Abg. v. Pommer-Esche gewählt und bereits eingetroffen sei.

Bericht des Central-Ausschusses über Tit. II. Art. 38—40, mit Bezug auf die Beschlüsse der zweiten Kammer. Die Artikel 38, 39 sind von der ersten und zweiten Kammer gleichlautend beschlossen; in Betreff des Art. 40 trägt der Centralausschuß darauf an, den Beschlüssen der zweiten Kammer beizutreten.

Triest will den Beschluß der ersten Kammer bei Art. 40 aufrecht erhalten wissen.

v. Gerlach schließt sich dem Vorredner an und hält dafür, daß dennoch eine Verständigung mit der zweiten Kammer möglich sein werde.

v. Tepper spricht für den Antrag des Central-Ausschusses.

Der Justiz-Minister findet kein Bedenken dabei, daß die Kammer ihre früher gefaßten Beschlüsse aufrecht erhalte. Nachdem der Berichterstatter (v. Bernuth) noch für den Central-Ausschuß-Antrag gesprochen, kömmt man zur Abstimmung und es wird Artikel 40, 1. und 2. Satz, als gleichlautend angenommen. Satz 3 wird die Ueberschrift: „Aufgehoben ohne Entschädigung sind:" (nach der zweiten Kammer) angenommen; desgleichen wird der Satz unter Nr. 1 angenommen. Der von der zweiten Kammer gefaßte Beschluß, den 2. Theil dieses Satzes unter die transitorischen Bestimmungen zu stellen, wird angenommen. Der Satz unter Nr. 2 wird von 124 Anwesenden mit 63 gegen 61 verworfen und dann von Zedlitz-Trützschler namentliche Abstimmung beantragt; dieselbe ergiebt: von 131 Anwesenden 65 für 66 gegen die Annahme des Beschlusses der ersten Kammer. Der Satz b) der zweiten Kammer wird nun angenommen. Die übrigen Sätze sind von beiden Kammern gleichlautend angenommen.

Bericht des Central-Ausschusses über die Fassung der Art. 104 bis 112 und eines Zusatzes zu Art. 60 der Verfassung nach den Beschlüssen der ersten Kammer. Der Central-Ausschuß hat den vom Abg. Stahl eingebrachten Abänderungs-Vorschlag zu Art. 107: „an Stelle von „„dem Könige und der Verfassung Treue und Gehorsam"", — zu setzen: „Treue und Gehorsam dem Könige, gewissenhafte Beobachtung der Verfassung" — abgelehnt. Die Kammer tritt dem bei, indem sie die Fassung des Central-Ausschusses überall genehmigt.

Bericht der Kommission über den Antrag des Abg. Walther eine in Bezug auf das Armenwesen zu ernennende stehende Kommission, als Centralbehörde, betreffend. Die Kommission hält für erforderlich, „daß das Ministerium des Innern veranlaßt werde, bei dem Zusammentritt der Kammern alljährlich einen zu veröffentlichenden Bericht vorzulegen, aus dem eine genaue Kenntniß der Verwaltung des Armenwesens im ganzen Staate hervorgeht." Da der Regierungs-Kommissar der Kommission erklärte, daß das Ministerium d. J. diese Absicht habe und einen dergleichen Bericht den Kammern periodisch vorzulegen gedenke, so beantragt die Kommission: „den vorgelegten Bericht dem Ministerium des Innern zur Erledigung des gefaßten Beschlusses abzugeben."

Abg. Menzel bringt einen die Fassung des Kommissions-Antrages verbessernden Antrag ein, welcher unterstützt und von ihm motivirt wird.

Abg. Sägert spricht gegen die Ausführbarkeit und Zweckmäßigkeit des von dem Ministerium verlangten Berichtes. Man möge lieber anstatt aus 38,000 Berichten einen Extrakt zu geben, an einem bestimmten Tage 100,000 Viergroschenbrote vertheilen. Er beantragt motivirte Tagesordnung über den Antrag von Walter. Triest ist dagegen.

Minister des Innern: Das Ministerium beschäftigt sich angelegentlichst mit den das Armenwesen betreffenden Angelegenheiten und hat namentlich die Armengesetzgebung und Verwaltung näher ins Auge gefaßt. So viel kann ich versichern, daß im Wege der Gesetzgebung keine Hilfe zu schaffen sein wird. Ich werde mit Vergnügen die nächste Gelegenheit ergreifen, um der hohen Kammer weitere Mittheilungen zu machen.

Bornemann beantragt motivirte Tagesordnung, Sägert zieht seinen Antrag zurück. Berichterstatter (Dieterici) spricht gegen die motivirte Tagesordnung und man geht zur Abstimmung über. Der Antrag des Abg. Bornemann wird mit 63 gegen 57 Stimmen angenommen.

(Schluß 1½ Uhr. Nächste Sitzung Mittwoch 10 Uhr.)

II. Kammer. 55ste Sitzung vom 19. Novbr.

Präsident: Graf Schwerin.

Am Ministertisch: v. Ladenberg, später Frhr. v. Manteuffel und v. d. Heydt.

Ein Schreiben des Präsidenten der ersten Kammer zeigt an, daß das Gesetz, betreffend die Verleitung von Soldaten zum Ungehorsam, dem Staatsministerium übersandt worden sei.

Abg. Rohden stellt zu Art. 16 das Amendement: die hohe Kammer wolle beschließen, den während der Zeit, in welcher die Verfassung vom 5. Dezember 1848 in Kraft, durch kirchliche Trauung geschlossenen Ehen bürgerliche Gültigkeit ertheilen zu wollen.

Min. v. Ladenberg hat Seitens der Regierung kein Bedenken gegen dieses Amendement, er glaubt aber nicht, daß irgend eine Behörde glauben konnte, es solle bis zur Einführung der Civilehe ein Stillstand in der Eheschließung eintreten. Es sei auch ein derartiger Erlaß ergangen.

Der Präsident fragt die Kammer, ob sie noch einmal auf Art. 16 zurückkommen wolle, die Frage wird verneint.

Art. 17. Die erste Kammer hat zu der ursprünglichen Fassung — „Die Wissenschaft und ihre Lehre ist frei" — den Zusatz beliebt „die Bestimmungen gegen den Mißbrauch dieser Freiheit enthält das Unterrichtsgesetz."

Min. v. Ladenberg. Der Artikel enthalte einen leitenden Grundsatz, deshalb müsse er sich gegen die beantragte Streichung des Artikels (Amendements von Kleist-Retzow und Graf Renard) erklären. — Wenn der Staat mit der Wissenschaft in Konflikt gerathe, so müsse das Unterrichtsgesetz dem Staate Kraft geben, gegen die den Konflikt erzeugende Wissenschaft aufzutreten.

Graf Renard spricht für Streichung des Art. 17.

Eckstein vertheidigt die Freiheit der Wissenschaft und ihrer Lehre. Die preußischen Universitäten seien das Palladium der Wissenschaft, er müsse daran erinnern, wie früher die Lehrfreiheit dort beschränkt worden. So habe man zu einer Zeit den akademischen Lehrern eine Methode, die konservatorische, wo nicht befohlen, doch anempfohlen.

Der Schluß der Diskussion wird beliebt.

Keller als Referent bemerkt, er habe schon seit zwanzig Jahren und wie er glaube zum Nutzen seiner Schüler die von Eckstein angegriffene Methode auf verschiedenen Universitäten befolgt. Man möge nicht gegen eine frühere Regierung bei dieser Gelegenheit ungegründete Anschuldigungen erheben.

In gleichem Sinne spricht sich Minister v. Ladenberg aus.

Der Art. 17 wird in der Fassung vom 5. Dezember 1848 beliebt.

Art. 18 soll nach dem Vorschlage der 1. Kammer folgende Fassung erhalten: „Für die Bildung der Jugend soll durch öffentliche Schulen überall genügend gesorgt werden. Eltern oder deren Stellvertreter dürfen ihre Kinder oder Pflegebefohlenen nicht ohne den Unterricht lassen, welcher für die öffentlichen Volksschulen vorgeschrieben ist." — Die Kommission hat das Wort „überall" gestrichen, sonst aber die Fassung der 1. Kammer beibehalten.

Min. v. Ladenberg. Es versteht sich von selbst, daß der Staat, soweit es seine Mittel erlauben, auch für höhere Bildungs-Anstalten Sorge tragen wird. — Der Herr Minister erklärt sich für die von der ersten Kammer oder von der Kommission beliebte Fassung, weil allerdings die ursprüngliche Fassung „der preußischen Jugend wird durch genügende Anstalten das Recht anf allgemeine Volksbildung gewährleistet" nicht präcis genug sei.

Techow für den Kommissions-Vorschlag. Das Recht auf „allgemeine Volksbildung" hält er für eine zu weit gehende Verpflichtung für die Gemeinde und den Staat.

Art. 18 wird in der Fassung, welche die Kommission vorschlägt, angenommen.

Art. 19 lautet in der ursprünglichen Fassung vom 5. Dezember: „Unterricht zu ertheilen und Unterrichtsanstalten zu gründen, steht Jedem frei, wenn er seine sittliche, wissenschaftliche und technische Befähigung den betreffenden Staatsbehörden nachgewiesen hat." Die erste Kammer hat hinter den Worten „zu gründen" hinzugefügt „und zu leiten."

Minister von Ladenberg vertheidigt die in diesem Artikel enthaltenen Beschränkungen. Der Staat müsse den Unterricht controliren.

Junkmann will, daß der Art. 19 laute: „Unterricht zu ertheilen und Unterrichts-Anstalten zu gründen, steht jedem frei, wenn der Unterricht über das Maß des Unterrichts in der öffentlichen Volksschule hinausgeht." Er bekämpft das Princip der Staatsschule. Man dürfe nicht durch Festhaltung dieser Idee eine neue Büreaukratie schaffen.

Stiehl: **M. H., Sie haben zu wählen, ob Sie die 30,000 Lehrer in die Hände des Staats oder in die Hände der Kirche geben wollen.** — Die höhern Lehranstalten sollen auch dem Staat seine Beamten bilden, hat der Staat keine Aufsicht über diese Lehranstalten, so wird er leicht zu Beamten kommen, die zwar das Examen bestehen, die aber leicht in

---

*) Wir haben den Wortlaut dieser Interpellation in der gestrigen Zeitung mitgetheilt. Red.

anderer Hinsicht nicht für ihn passen werden. Der Redner erklärt sich gegen das Junkmann'sche Amendement, eben so gegen das Amendement Reichensperger, „Volksschulen zu gründen und Volksunterricht zu ertheilen, steht nur demjenigen zu, welcher seine sittliche, wissenschaftliche und technische Befähigung nachgewiesen hat." Hier sei es zweifelhaft gelassen, wem die Prüfung der Befähigung zustehe. — Gegen eine Theilung der Beaufsichtigung der Schule zwischen Kirche und Staat in der Art, wie man sie wünsche, müsse er sich erklären. Es sei hier nicht der Ort zu Vermittelungsvorschlägen, man möge wählen zwischen Staat und Kirche. — Art. 19 wird in der von der ersten Kammer beliebten Fassung angenommen.

Art. 20 ist von der Kammer in folgender Fassung beliebt worden: „Alle öffentlichen und Privat-Unterrichts- und Erziehungs-Anstalten stehen unter der Aufsicht eigener vom Staate ernannter Behörden." Die Kommission hat dazu folgenden Zusatz (aus der Fassung vom 5. Dezember entnommen) beliebt: Die öffentlichen Lehrer haben die Rechte und Pflichten der Staatsdiener.

Minister v. Ladenberg erklärt sich für Streichung des Wortes „eigener" (vom Staate ernannter Behörden).

v. Kleist-Retzow hat ein Amendement auf Streichung dieses Wortes eingebracht, das er vertheidigt.

Vicepräsident Lensing übernimmt den Vorsitz.

Minister v. Ladenberg bemerkt noch, wie es unter dem Lehrerstande eine große Bestürzung hervorrufen würde, wenn man ihnen die Rechte der Staatsdiener wieder nehmen wolle.

Harkort empfiehlt ebenfalls den Vorschlag der Kommission.

Poppe will Streichung des Artikels; der Artikel gehöre nicht in die Verfassung, sondern in das Unterrichtsgesetz. Es würde sich zeigen bei Diskussion des Unterrichtsgesetzes, daß die consequente Durchführung auf Schwierigkeiten stieße, die unüberwindlich wären, oder nur durch Gewalt besiegt werden könnten; auch würde der Kostenaufwand zu groß werden. — Art. 20 wird in der von der Kommission beliebten Fossung angenommen. [Graf Schwerin hat den Vorsitz wieder übernommen.)

Art. 21 ist von der ersten Kammer in folgender Fassung beliebt worden: „Bei der Einrichtung der öffentlichen Volksschulen sind die konfessionellen Verhältnisse möglichst zu berücksichtigen. Den religiösen Unterricht in der Volksschule leiten die betreffenden Religionsgesellschaften. Die Leitung der äußeren Angelegenheiten der Volksschle steht der Gemeinde zu. Der Staat stellt unter gesetzlich geordneter Betheiligung der Gemeinden, aus der Zahl der Befähigten, die Lehrer der öffentlichen Volksschulen an." — Die Kommission schlägt folgende Fassung vor: Die Leitung der äußern Angelegenheiten der Volksschule steht der Gemeinde zu. Der Staat stellt unter gesetzlich geordneter rc. (siehe 1. Kammmer-Fassung) den religiösen Unterricht rc. (s. 1. Kammer).

Minister v. Ladenberg glaubt durch diese Bestimmungen die Rechte der Kirche zu wahren. Der Herr Minister erklärt sich für die Coufessions-Schulen im Allgemeinen, und nimmt auf das zu erlassende Unterrichtsgesetz Bezug, welches das Schulwesen in der Gemeinde regeln werde. Die Regierung werde durch das Unterrichtsgesetz den Sitz des oder der Geistlichen in der Schulverwaltung der Gemeinde zu sichern wissen, er würde also so eine Aufsicht über die Schule ausüben. Auch soll durch das Unterrichtsgesetz ein besonderes Examen in religiöser Hinsicht erfordert werden. Der Hr. Minister empfiehlt das Amendement von v. Kleist-Retzow (an Stelle Alinea 2 Art. 21 der 1. Kammer): „Die Organe der betreffenden Religionsgesellschaften nehmen mit Rücksicht darauf an der örtlichen Leitung der Volksschule Theil."

Landfermann empfiehlt für Alinea 2 Artikel 21 (1. Kammer) folgende Fassung: „Bei der Esnrichtung der öffentlichen Volksschulen sind die konfessionellen Verhältnisse möglichst zu berücksichtigen. Die Aufsicht über dieselben wird demgemäß gesetzlich geordnet." Die zur Zeit bestehenden Volksschulen seien mit wenigen Ausnahmen konfessionelle Schulen, welche zwar von Kindern verschiedener Konfession besucht werden könnten, deren Lehrer aber ordnungsmäßig einer bestimmten Konfession angehören. Es sei kein Bedürfniß, hieran Etwas zu ändern. Hierauf wird die Diskussion vertagt, nachdem ein Antrag auf Schluß derselben verworfen worden.

(Schluß der Sitzung 3¾ Uhr, — nächste Sitzung morgen 11 Uhr.)

Berlin, 19. November. Se. königl. Hoheit der Prinz von Preußen ist aus Westfalen hier eingetroffen.

Angekommen: Se. Durchlaucht der Fürst August v. Sulkowski, von Schloß Reisen. Se. Excellenz der General-Lieutenant, außerordentliche Gesandte und bevollmächtigte Minister am kaiserl. russischen Hofe, v. Rochow, von Breslau. Der königl. baierische außerordentliche Gesandte und bevollmächtigte Minister, v. Malzen, von Stuttgart. — Abgereist: Se. Durchlaucht der Herzog Christian zu Schleswig-Holstein-Sonderburg-Augustenburg, nach Magdeburg.

Bei der heute beendigten Ziehung der 4ten Klasse 100ster königl. Klassen-Lotterie fiel ein Hauptgewinn von 30,000 Rthl. auf Nr. 20,761 in Berlin bei Seeger; 1 Gewinn von 5000 Rthl. auf Nr. 80,511 nach Liegnitz bei Schwarz; 3 Gewinne zu 2000 Rthl. fielen auf Nr. 15,502. 30,947 und 58,248 in Berlin bei Dettmann, nach Halberstadt bei Sußmann und nach Posen bei Bielefeld: 30 Gewinne zu 1000 Rthl. auf Nr. 770. 5797. 6562. 10,982. 12,763. 14,498. 17,007. 17,346. 17,720. 23,349. 23,474. 27,891. 29,141. 29,946. 33,199. 36,252. 43,354. 44,033. 44,127. 44,617. 47,317. 50,310. 52,977. 53,496. 54,419. 63,773. 64,026. 70,331. 72,856 und 73,948 in Berlin bei Alevin, bei Borchardt, bei Burg, bei Matzdorff, bei Securius und bei Seeger, nach Breslau bei Schreiber, Köln 2mal bei Krauß, Düsseldorf 3mal bei Spatz, Elberfeld bei Heymer, Halberstadt bei Sußmann, Halle bei Lehmann, Magdeburg bei Brauns und bei Roch, Merseburg bei Kieselbach, Münster bei Lohn, Paderborn bei Paderstein, Ratibor bei Samoje, Stettin 2mal bei Rolin, Zeitz bei Zürn und auf 6 nicht abgesetzte Loose; 45 Gewinne zu 500 Rthl. auf Nr. 2423. 3309. 3680. 5020. 5665. 13,107. 13,789. 14,831. 17,661. 19,976. 22,577. 24,886. 25,953. 25,975. 26,693. 26,969. 27,487. 29,045. 29,448. 32,821. 33,645. 35,885. 38,095. 43,112. 43,341. 43,801. 46,180. 48,080. 49,786. 52,855. 53,887. 57,406. 58,014. 59,682. 60,404. 61,926. 63,751. 68,291. 70,014. 71,691. 72,449. 72,763. 75,808. 77,685 und 78,926 in Berlin 3mal bei Alevin, bei Borchardt, bei Dettmann, bei Gewer, bei Matzdorff und 3mal bei Seeger, nach Breslau bei Scheche, 4mal bei Schreiber und bei Sternberg, Koblenz bei Gevenich, Köln bei Krauß und 3mal bei Reimbold, Danzig 2mal bei Rotzoll, Düsseldorf 2mal bei Spatz, Elberfeld bei Heymer, Erfurt bei Tröster, Glatz bei Braun, Halle bei Lehmann, Marienwerder bei Bestvater, Ostrowo bei Wehlau, Potsdam bei Hiller, Prenzlau bei Herz, Stettin bei Rolin und bei Wilsnach, Stralsund bei Claussen, Tilsit bei Löwenberg und auf 8 nicht abgesetzte Loose; 50 Gewinne zu 200 Rthl. auf Nr. 117. 949. 1708. 2020. 2061. 2787. 5820. 7663. 8570. 10,995. 14,668. 15,940. 17,255. 21,724. 21,806. 22,490. 22,513. 23,640. 29,099. 30,634. 32,696. 38,215. 38,720. 39,434. 39,556. 41,093. 41,367. 42,847. 44,779. 45,675. 46,520. 47,513. 49,826. 55,182. 55,790. 59,017. 62,277. 63,732. 68,029. 68,731. 69,287. 69,866. 71,237. 72,730. 73,500. 80,393. 80,933. 82,909. 83,858 und 83,711.

[Niederschlesisch-Märkische Eisenbahn.] Zur Deckung der vom Staate garantirten 3½ prozentigen Zinsen des Aktien-Kapitals der Niederschlesisch-Märkischen Eisenbahn-Gesellschaft von 10 Millionen Rthlrn. hat die Staatskasse pro 1848 den gesammten Zinsen-Betrag mit 350,000 Rthlrn. zahlen müssen. Nach der Bestimmung des Gesellschafts-Statuts, welche dem Staat das Recht zur Uebernahme der Administration der Bahn und des Betriebs ertheilt, sobald in einem Jahr mehr als Ein Prozent des Aktien-Kapitals hat zugeschossen werden müssen, konnte der Staat schon für das Jahr 1849 die Verwaltung in Anspruch nehmen. Dies ist indeß nicht geschehen, theils weil die Gesellschaft unter Hinweisung auf die ungünstigen Verhältnisse des Jahres 1848 die Verwaltung pro 1849 noch fortzuführen dringend beantragt hatte, theils weil die Höhe des Zuschusses, von welcher die Staatsregierung ihren desfallsigen Entschluß abhängig machen wollte, erst im Laufe des Jahres 1849 nach vollständig abgeschlossener Betriebs-Rechnung sich übersehen ließ. Nachdem feststand, daß pro 1848 die ganze Zinssumme von 350,000 Rthlr. von der Staatskasse zu tragen sei, mußte sich die Regierung um so mehr entschließen, die Verwaltung wenigstens vom 1. Januar 1850 ab zu übernehmen, als auch wiederum für das Jahr 1849 die Nothwendigkeit eines beträchtlichen Zuschusses mit ziemlicher Gewißheit vorauszusehen. Wenn gleichwohl die Gesellschafts-Vorstände auch noch pro 1850 die Belassung der Verwaltung in Anspruch genommen haben, so wird verkannt, daß es nicht zu rechtfertigen gewesen sein würde, auf ein so wichtiges, die Sicherung erheblicher finanzieller Interessen bezweckendes Recht noch weiter zu verzichten. Die Einwendungen der Vorstände gegen die Befugniß des Staats zur Uebernahme der Administration sind, wie wir vernehmen, der reiflichsten Erwägung unterzogen, aber als völlig unbegründet erkannt worden. Demnach wird die Verwaltung der Niederschlesisch-Märkischen Eisenbahn vom 1. Januar k. J. ab vom Staat übernommen und dem Statut gemäß so lange fortgesetzt werden, bis der Reinertrag in drei hintereinander folgenden Jahren mehr als 3½ pCt. des Aktien-Kapitals betragen hat. (Staats-Anz.)

A. Z. C. **Berlin**, 19. Novbr. [Tagesbericht.] Bekanntlich war eine Hauptforderung in den Arbeiter-Bewegungen, welche hier gleich nach der Märzrevolution hervortraten, die, daß in den Strafanstalten die gewerblichen Arbeiten eingestellt würden, namentlich den Großhändlern die Gelegenheit benommen würde, ihre Bestellungen dort wohlfeiler zu effektuiren, als dies den freien und unbescholtenen Arbeitern möglich sei. Die Unterhandlungen dieserhalb dauerten mehrere Tage und wurden namentlich mit durch eine aus Gewerbtreibenden und städtischen Beamten niedergesetzte Deputation geleitet. Den Arbeitern dauerte dies indeß zu lange; sie rotteten sich in einem entfernten Stadttheile zu vielen Tausenden zusammen, und es würde wahrscheinlich sowohl gegen die Strafanstalten, wie gegen die Großhändler zu sehr bedeutenden Exzessen gekommen sein, wenn nicht der damalige Minister v. Auerswald und zugleich auch der damalige Ministerial-Direktor, jetzige Minister des Innern, v. Manteuffel, in zwei verschiedenen Reskripten, vom 10. und 11. April v. J., die ausdrückliche Zusicherung gegeben hätten, „diejenigen Fabrikationszweige in den Strafanstalten, durch welche der Verdienst der hiesigen einheimischen Arbeiter wesentlich beeinträchtigt wird, aufhören zu lassen." Es kann zugegeben werden, daß die Ausführung dieses Versprechens große Schwierigkeiten bieten mag; indeß es ward einmal gegeben und aus gewichtigen Gründen. Um so weniger scheint es sich daher rechtfertigen zu lassen, wenn man jetzt wieder davon zurücktritt und in das alte System einzulenken sucht. Es ist darüber unter den Gewerken, namentlich dem Weber- und Raschmacher-Gewerk, bereits eine bedeutende Aufregung entstanden und wiederholter Protest bei den Ministern eingelegt worden. Namentlich behauptet das Webergewerk, daß in dem Zellengefängniß von Moabit vierhundert Webestühle neu eingerichtet werden sollten und dieserhalb schon ein Kontrakt mit dem Hause Fürstenstein Söhne abgeschlossen sei. Der jetzige Minister des Innern, v. Manteuffel, hat diese Behauptung nun zwar für eine große Uebertreibung erklärt; indeß in einem Reskripte vom 30. Oktober dieses Jahres doch so viel zugegeben: „daß 28 Webestühle in jener Anstalt neu eingerichtet seien, theils für das eigene Bedürfniß der Anstalt, theils für einige hiesige Fabrikanten." Der Widerspruch zwischen diesem Reskript und dem Reskript vom 10. April v. J. ist also klar und giebt den betheiligten Gewerbtreibenden die unleugbarsten Waffen für ihr gutes Recht in die Hand. Noch mehr böses Blut aber hat der Handelsminister v. d. Heydt gemacht, der eine Deputation der Altmeister mit der kurzen Erklärung empfing, ihm sei von den früheren Zusagen nichts bekannt; wären sie gemacht, so sei zu bedenken, daß die Gefangenen doch auch beschäftigt werden müßten und übrigens brauche, Gott sei Dank, die Staatsregierung jetzt nicht mehr den Antrag eines Jeden anzunehmen! — Herr v. d. Heydt hätte in der That nicht unvorsichtiger, aber wir behaupten auch, nicht unreeler antworten können. Durch solche Restaurationsversuche regt man das Volk in den untersten Schichten auf und raubt ihm den Rest von Vertrauen auf die Verheißungen der Regierung. Die Unterhandlungen über den gedachten Gegenstand schweben noch und wir können nicht dringend genug rathen, ihnen ein Ende zu verleihen, welches, indem es begründete Ansprüche heilig hält, den gesetzlichen Sinn im Volke bewahrt. — Von dem nach Baden kommandirten 20. Landwehrregiment ist neuerdings eine große Anzahl entlassener Mannschaften hier eingetroffen. Es sind bei dieser Entlassung die Familienväter, die über 2 Kinder haben, vorzugsweise berücksichtigt worden. Die Militäreffekten sind diesen Mannschaften nicht abgenommen worden, vielmehr ist ihnen die Weisung zugegangen, dieselben bis auf weitere Ordre zu behalten. Es halten sich deshalb die Entlassenen ihrer Wiedereinziehung fortwährend gewärtig. Bemerkenswerth ist, daß nicht nur die Metallgarnitur der Pickelhauben, sondern auch die Gewehrläufe der in Baden stationirten preußischen Soldaten schwarz lackirt waren. Die Soldaten müssen jedoch, sobald sie die Gegend des Kriegsschauplatzes verlassen und nach ihrer Heimath oder ihrem neuen Garnisonort zurückkehren, den Lack wieder von diesen Gegenständen entfernen. — Mit Rücksicht auf das gegenwärtig berathene Jagdpolizeigesetz und die dabei in Betracht kommende Frage wegen der Wildschäden sind neuerdings Petitionen eingereicht, welche das Unzureichende der Waldeinzäunungen darthun sollen. Das größte Bauwerk dieser Art ist der ausgedehnte, den bei Spandau gelegenen Grunewald umgebende Wildzaun. Derselbe hat mehrere Meilen Länge und kostet 26,000 Thlr. Arbeitslohn. Dennoch entspricht dieser Zaun nur ungenügend seinem Zwecke, da er erstens für die kleineren Wildgattungen nicht geschlossen genug ist, und zweitens den Wilddieben die Möglichkeit gestattet, des Nachts die Thorwege heimlich zu öffnen, um das Wild hervorzulocken. Diese Maßregel hat gewöhnlich die beabsichtigten Resultate zur Folge, da das eingesperrte Wild gewöhnt ist, in den Frühstunden den Zaun entlang zu gehen, um eine nach dem Felde hin-

ausführende Oeffnung zu erspähen. Es fällt aber alsdann nicht bloß und nicht immer den lauernden Wildschützen in die Hände, sondern verwüstet auch die Fruchtfelder. — Herr v. Radowitz beabsichtigt, sich nicht eher als Mitglied der provisorischen Bundes-Generalkommission nach Frankfurt a. M. zu begeben, als bis die Wahlen zum Reichstag für Preußen ausgeschrieben sind. Man ist hier übrigens ziemlich allgemein der Ansicht, daß, ohne über die Vertreter Preußens bei gedachter Kommission genauer urtheilen zu wollen, die Wahl der Vertreter Oesterreichs in den gewandten Persönlichkeiten der Herren v. Kübeck und v. Schönhals, sehr glücklich für die österreichischen Interessen genannt werden müsse. — Am Hofe zu Sans-Souci findet heute zur Feier des Namenstages der Königin unter andern Festlichkeiten auch ein großartiges Konzert statt, worin die aus Hamburg vorgestern Abend hier eingetroffene Sängerin Jenny Lind mitwirken wird. Die Bühne will Fräulein Lind nicht wieder betreten, wahrscheinlich wird die gefeierte Sängerin hier in einigen öffentlichen Konzerten auftreten. — Nach Sans-Souci sind heute Abend auch viele Abgeordnete aus beiden Kammern eingeladen. — Unter den Führern der Volkspartei herrscht jetzt viel Mißtrauen. Hauptveranlassung dazu soll Herr Streckfuß gegeben haben, der demgemäß, wie man wissen will, sich von seiner Partei zurückziehen und in das entgegengesetzte Lager übergehen dürfte. — Wie seit heute Morgen verlautet, will man den Prozeß Waldeck's nicht im Saale des Kriminalgerichts, sondern im Zellengefängniß, wo bekanntlich der Polenprozeß geführt wurde, verhandeln. Da jenes Lokal weit außerhalb der Stadt liegt, so kann hierin nur eine der behördlichen Vorsichtsmaßregeln erkannt werden, von denen in den letzten Tagen mehrfach die Rede gewesen ist. Jedenfalls würde der Andrang des Publikums dadurch sehr vermindert werden. — Die 1. Kammer hat bekanntlich in ihrer Sitzung vom 7. September d. J. in Bezug auf die von der königlichen Regierung zur verfassungsmäßigen Genehmigung vorgelegten beiden Verordnungen vom 30. Mai d. J. betreffend I. Die Ausführung der Wahl der Abgeordneten zur 2. Kammer; II. den Termin zur Wahl für die 2. Kammer und die Einberufung beider Kammern nachfolgende Beschlüsse gefaßt: ad I. Das Staatsministerium von der Verantwortlichkeit, welches dasselbe durch den Erlaß der das Wahlgesetz für die Wahlen zur 2. Kammer abändernden Verordnung vom 30. Mai d. J. nach Art. 105 der Verfassungsurkunde übernommen hat, für entbunden zu erachten und dieser Verordnung, unter Vorbehalt der Revision derselben, ihre Genehmigung zu ertheilen; ad II. dem Erlaß der Verordnung vom 30. Mai d. J., wodurch der Zusammentritt der Wähler und der Kammern über die, durch den Art. 49 der Verfassungsurkunde festgesetzten Termine hinaus verschoben worden, als durch die Umstände gerechtfertigt zu erklären. Die Kommission der 2. Kammer für Verfassungs-Revision hat sich über diesen Gegenstand nun ebenfalls geäußert und durch ihren Berichterstatter Herrn v. Beckerath dahin angetragen: 1) **der Verordnung vom 30. Mai d. J., betreffend die Wahl der Abgeordneten zur zweiten Kammer die verfassungsmäßige Zustimmung vorbehaltlich der Revision dieser Verordnung, zu ertheilen.** 2) **Den Erlaß der Verordnung vom 30. Mai d. J., wodurch der Zusammentritt der Wähler und der Kammern über die, durch den Artikel 49 der Verfassungs-Urkunde festgesetzten Termine hinaus verschoben worden, als durch die Umstände gerechtfertigt zu erklären.** — Am Sonnabend hat der kontraktliche Abschluß über das Haus stattgefunden, welches der Treubund für König und Vaterland von dem Kaufmann Kupfer in der Friedrichsstraße gekauft hat. Dasselbe gehörte früher dem geh. Kriegsrath Loest, und ist älteren Leuten noch unter dem Namen „Gespenster-Haus" wegen eines Gespenstes, welches darin umgehen sollte, bekannt. Der Baumeister Achilles, ein bekannter Freund des Herrn Kupfer, wird den Bau leiten. — Die alles erhaschende Neugierde der Berliner ist bekannt. Sie bewährt sich jetzt sogar an einem Tabakhändler, welcher ebenfalls kürzlich einen Theil des erwähnten großen Looses gewonnen hat. Alle Welt läuft in seinen Laden und macht Einkäufe, um den glücklichen Mann zu sehen. Derselbe macht auf diese Weise lukrative Geschäfte und findet sich durch das Schicksal doppelt begünstigt. — Der Prinz von Preußen ist gestern Abend etwas nach 10 Uhr über Magdeburg in Potsdam zur Feier des Namenstages der Königin eingetroffen. — Wir erfahren aus sicherer Quelle, daß das hiesige Appellationsgericht seinen altehrwürdigen Namen „Kammer-Gericht" zurück empfangen soll. — Vom Städte-Fest gehen uns bis zum Schluß unseres heutigen Blattes unerquickliche Nachrichten zu. Es war zahlreich besucht, namentlich auch von allen Ministern. Allein der Umstand, daß der Toast auf den König von Einigen sitzend ausgebracht wurde, und diese Haltung bei dem Toast der Königin wiederholt wurde, veranlaßte von andern Seiten den Ruf: „Hinaus!" worüber ärgerliche Differenzen unter den Festbesuchern entstanden. Der General v. Wrangel war deshalb fortgegangen.

C. B. **Berlin**, 19. Nov. [Vermischte Nachrichten.] Eine zwiefache Feier wird heute in verschiedenen Kreisen begangen: das Namensfest der Königin und der 41ste Jahrestag der preußischen Städteordnung. Die Institutionen des Gesetzes vom 19ten November 1808 sind dem Bürgerthum jetzt doppelt werth und theuer, weil die durch sie begründete städtische Gemeindeverfassung die ersten Anfänger einer auf dem Repräsentativsystem beruhenden Selbstregierung darbietet und gegenwärtig durch die projektirte neue Gemeindeordnung wesentlich bedroht wird. Ein im Café Mielentz von den Stadtbehörden veranstaltetes Festmahl ist auch von den Ministern und den Vorständen der Kammern besucht. Der Bürgermeister Naunyn — in neuester Zeit wegen seines allerdings etwas rapiden Meinungswechsels vielfach das Ziel von Angriffen in der Oppositionspresse — hat an der Tafel den Ehrenplatz zwischen dem Grafen Brandenburg und dem Minister von Manteuffel. — Man erzählt sich viel von der ängstlichen Spannung, mit der man hier der ferneren Entwickelung der Dinge in Frankreich entgegensieht. Gut Unterrichtete versichern, man sei bei uns über das, was in Paris auf den verschiedensten Seiten geplant werde, besser informirt, als man es in Paris selbst ist. Ein gutes Bonmot, das einer hohen Person in den Mund gelegt wird, läßt ungefähr ahnen, was man von der nächsten Zukunft erwartet. Als von dem neuen Ministerium Ludwig Bonaparte's die Rede war, wurde dasselbe als „das Ministerium Grävell-Jochmus des Reichsverwesers von Frankreich" bezeichnet. — Die polnische Angelegenheit soll in Folge einer jüngsten Erwägung derselben Seitens des Staatsministeriums wieder in ihr früheres Stadium zurückgetreten sein. Als Resultat der kürzlich stattgehabten Berathungen wird angegeben, daß beschlossen sei, die frankfurter Beschlüsse in Betreff der Demarkation aufrecht zu halten. — In welchem Maße die pietistische Partei den Sieg der Kontrerevolution, zu welchem sie mit ihren Mitteln und Kräften allerdings nicht wenig beigetragen hat, jetzt auszubeuten gedenkt, und bis zu welcher Höhe die Anmaßung derselben bereits gestiegen ist, das zeigt ein, auch dem Ministerium und der Kammer zugegangener Beschluß einer vor Kurzem stattgefundenen evangelisch-lutherischen Pastorenkonferenz in Breslau. Der Verein erklärt nämlich: „er halte dafür, daß, wenn die Beschlüsse der ersten Kammer über die Civilehe zum Gesetz erhoben werden sollten, die Kirche zwar nicht genöthigt sein würde, die Ehe ohne kirchliche Einsegnung für Konkubinat zu erklären; **es sei denn, daß Fälle eintreten sollten, in welchen der Staat sich über die vom Worte Gottes als wesentlich bezeichneten Bestimmungen hinwegsetzte;** daß jedoch die Kirche allerdings das Recht habe, in der Umgehung der kirchlichen Einsegnung eine Verachtung ihrer Institutionen zu erblicken und hierdurch veranlaßt werden müßte; mit Disziplinarmaßregeln gegen solche Verächter einzuschreiten." — Die Militärbehörden scheinen durch die Erfahrungen des letzten Jahres sich zu besonderer Vorsicht und Wachsamkeit in Betreff der Landwehr aufgefordert zu fühlen. Man glaubt, daß noch vor der Ausführung der beabsichtigten Umgestaltungspläne die Bataillonsstäbe und Waffen- und Munitions-Vorräthe der Landwehr wo möglich in Festungen verlegt werden würden. In einigen Provinzen, namentlich in der Provinz Sachsen, ist dies bereits zur Ausführung gekommen. — Die Aufmerksamkeit der Parteien wird noch immer durch den Waldeckschen Prozeß in Anspruch genommen, vielleicht hat unter diesen Umständen eine Notiz, die uns aus der achtbarsten und von Partei-Leidenschaft nicht getrübten Quelle zugeht, doppeltes Interesse. — Nach dieser Notiz ist es Thatsache, daß der Staatsanwalt in der isolirtesten Selbstständigkeit die ihm vorliegenden (keineswegs etwa von der Regierung ausgegangenen) Materialien geprüft und auf Grund seiner eigenen Ueberzeugung, die ihm durch den damaligen Belagerungszustand eingeräumte Befugniß, eine Verhaftung zu dekretiren, benutzt hat. — Die in der That unerhörte Frechheit, mit welcher die Neue Preußische Zeitung den Waldeckschen Prozeß in die Manöver ihrer rachedürstenden Partei herabzuziehen bemüht ist, wird nur dazu dienen auch denen die Augen über ein Gebahren zu öffnen, welches die eigene prostituirte Persönlichkeit durch sogenannte „legitimistische" Fetzen zu verdecken bemüht ist. — Wenn die Regierung, wie uns glaubhaft versichert wird, dem Treiben dieser Verfechter der Souveränetät in jeder Beziehung fern steht, so verdient das volle Anerkennung. — Die Verschiebung der Antwort auf die Hermannsche Interpellation wegen des Grundsteuergesetzes (s. Kammer-Verh.) hat einigermaßen überrascht. Bekanntlich ist das Ministerium in dieser Sache schon von der zweiten Kammer interpellirt worden und hat die Vorlegung des Gesetzes in Kürze in Aussicht gestellt. Seit dem ist schon längere Zeit verflossen, der Harkort-Hermannsche Antrag, ein sehr drängendes Compelle, liegt vor, und es wäre mithin wohl an der Zeit, bestimmt zu erklären werden, daß das Ministerium die Vorlage nicht machen könne, oder wann es dieselbe einbringen werde Die erste Alternative zu wählen, hätte freilich ihr Mißliches; denn von früheren Zusicherungen abgesehen, verspricht das Patent vom 5. Dezember ausdrücklich: „Der nächsten Volksvertretung werden zur Berathung vorgelegt werden: .... 4) ein Gesetz über Aufhebung der Grund- und Klassensteuerbefreiungen ꝛc., während das vor einiger Zeit eingebrachte Gesetz sich nur auf die Klassensteuerbefreiungen bezieht. — Bei der Berathung des Walter'schen Antrages wegen Errichtung einer Centralbehörde für das gesammte Armenwesen gab der Minister des Innern die Erklärung, daß das Ministerium die Ueberzeugung habe, im Wege der Gesetzgebung nicht helfen zu können. Diese Erklärung hat sehr niederschlagend gewirkt und wird vielleicht in Kurzem Anlaß zu neuen Anträgen geben.

D. Ueber den vermeintlichen nachtheiligen Einfluß der Fabriken auf die Handwerke und der Maschinen auf die Fabrik-Arbeiter.

Es ist oft die Ansicht laut geworden, daß die Fabriken nachtheilig auf die Handwerke einwirken, ja sogar, daß sie den Handwerkerstand vernichten. Dem ist aber nicht so, und es würde nicht nur dem Staate im Allgemeinen zum größten Nachtheil gereichen, wenn sie zu Gunsten des letzteren beschränkt würden, sondern ich hoffe auch durch Anführung von Thatsachen zu beweisen, daß eine Beschränkung derselben dem Handwerkerstand selbst direkten Schaden bringen würde.

Daß Nationen sich nicht absperren lassen, zeigt die ältere, wie die neue Geschichte und in neuester Zeit sehen sich die in sich versumpfenden Chinesen ebenfalls gezwungen, trotz ihrer Mauer und strengen Grenzbewachung den fremden Industrie-Erzeugnissen den Eingang zu gestatten, und in anderen Staaten werden sie bei der Sperre oder bei hohen Zöllen ebenfalls eingeführt, wenn sie besser oder billiger als die im Lande erzeugten sind. Wie sehr dadurch obenein die Sittenlosigkeit einreißt, ist nicht in Abrede zu stellen, denn nicht blos der Schmuggler wird demoralisirt, sondern alle Bewohner der Grenzorte mehr oder minder.

Unbedingte Handelsfreiheit, wie sie uns neuerzeit vielfach gepredigt wird, wäre etwas sehr natürliches, allein bei den bereits so sehr verschobenen Verhältnissen aller Nationen wäre es für Deutschland mehr als Thorheit, wenn es sie zuerst einführen wollte. England und Frankreich sind uns nun einmal in der Industrie voraus und es bleiben daher, wollen wir die unsrige schützen und heben, mäßige, richtig normirte Schutzzölle das Zweckmäßigste. Sie müssen so hoch sein, daß sie den nöthigen Schutz gewähren, für das Schmugglergeschäft jedoch nicht lohnend genug sind.

Hieraus folgt aber, daß wir auch dieselben Mittel, wie die Ausländer, anwenden müssen; denn wenn durch sie ein oder der andere Gegenstand bedeutend billiger oder besser als bei uns hergestellt werden kann, so wird er, bei niedriger Steuer dennoch eingeführt, bei hoher eingeschmuggelt werden.

Nun giebt es aber Erzeugnisse, die nicht anders als auf fabrikmäßige Weise hergestellt werden können, hätten wir nun dergleichen Anstalten nicht, so würden dem Lande jährlich bedeutende Summen verloren gehen. Als Beispiel führe ich nur die neuesten industriellen Anlagen, die so viel Kapital in Anspruch nehmenden Eisenbahnen und hauptsächlich die, zum Betrieb derselben nöthigen Dampfwagen an; es ist eine Unmöglichkeit, diese im handwerksmäßigen Betriebe herzustellen.

Nun hat z. B. die Borsigsche Anstalt allein (bis jetzt) 250 Lokomotiven gebaut, rechnet man eine jede 15,000 Rthlr., so beträgt dies schon 3,750,000 Rthlr., ohne die vielen anderen zum Eisenbahnwesen nöthigen Arbeiten, als Brücken, Drehbrücken, Drehplatten, Wasserkrähne, Ausweichungen und dergl., die ebenfalls handwerksmäßig nicht angefertigt werden können und die gewiß ebensoviel, also zusammen c. 7,000,000 Rthlr. betragen. Die Anstalt beschäftigte, bis noch vor kurzer Zeit, 1,200 Menschen, die wöchentlich c. 6000 Rthlr. Arbeitslohn erhielten. Wie viele Handwerker werden nun nicht durch die Arbeiter theils direkt, theils indirekt beschäftigt! Es wäre aber dem Staate beinahe die ganze vorstehend genannte Summe verloren gegangen, denn die zum Maschinenbau nöthigen Materialien haben wir größtentheils im Inlande, doch hier die Kohlen von England billiger, als vom Inlande zu beziehen. Außerdem beschäftigt die Anstalt andere Fabrikanten, so wie mehrere Handwerksmeister, die sich auf einzelne Gegenstände eingerichtet haben, und gute Arbeit zu angemessenen Preisen liefern, außer dem Hause.

Eben so ungünstig spricht man sich häufig über den Gebrauch der Maschinen aus, so haben sich namentlich unter Anderen die Kattundrucker beschwert, daß sie durch Anwendung der Druckmaschine brodlos geworden wären. Ich beklage das Loos der Leute sehr, aber das Uebel, die Brotlosigkeit der Drucker, hat eigentlich einen ganz anderen Grund. In früherer Zeit lieferten nämlich die Berliner Druckereien große Massen be-

druckter Tücher und hatten darin einen Ruf, selbst die Engländer exportirten sie und sie waren dort, so wie in Nordamerika unter dem Namen: „prussia Swahls" sehr bekannt, die Goldschmidtsche und Dannenbergersche Fabrik allein beschäftigte darin mehrere hundert Handdrucker, und letztere Fabrik lieferte noch im Jahre 1838 25,000 Dutzend solcher Tücher. Dieser Artikel hat jetzt ganz aufgehört, folglich fallen die damit beschäftigten Hände aus. Der Verfall dieser Fabrikation hat verschiedene Ursachen; eines Theils haben die Berliner selbst dazu beigetragen, denn es wurde immer billiger, immer schlechter fabrizirt und einige Fabriken bedruckten am Ende die Stoffe mit ganz unächten, unausgewaschenen Farben; dies brachte sie in Mißkredit. Ferner druckte man sie, durch die englische Regierung selbst aufmerksam gemacht, in Glasgow, wo das Arbeitslohn bedeutend billiger als in England ist, nach; und drittens trugen die zu billigeren Preisen gelieferten, buntgewebten, englischen, französischen und deutschen Tücher mit dazu bei, die Berliner Tücherdruckereien ganz zu vernichten.

Das Schlimmste bei der Sache war, daß mehrere Druckereibesitzer die Billigkeit dadurch erzielten, daß sie eine unverhältnißmäßige Anzahl Lehrlinge dabei beschäftigten, die, wenn sie ausgelernt hatten, entlassen und durch neue ersetzt wurden; die Zahl der Drucker und hauptsächlich die der Nichtskönnenden wurde dadurch übermäßig vermehrt. Es trat oft der Fall ein, daß sich dergleichen junge Leute in andere bessere Fabriken meldeten, um dort noch ein Paar Jahre zu lernen; sie waren aber an nachläßiges, unsauberes Arbeiten so sehr gewöhnt, daß sie nicht zu gebrauchen waren und sie sahen sich daher genöthigt, andere Beschäftigungen zu ergreifen.

Wenn nun die unbeschäftigten Drucker Arbeit fordern und verlangen, daß die Druckmaschinen so lange beseitigt werden sollen, bis sie alle hinreichend beschäftigt sind, so ist dies Verlangen unbillig und nicht zu gewähren, es würde ihnen auch nichts nützen, denn wenn, wie Eingangs gesagt, das Ausland, oder andere Druckereien des Zollvereins dieselben Artikel in Maschinendruck liefern, so wird er schöner und billiger sein und das Publikum wird das Berliner Fabrikat liegen lassen. Es giebt aber auch Artikel, die durch Handdruck gar nicht herzustellen sind, es würden daher die Drucker ihren Zweck nicht nur nicht erreichen sondern es würden auch außerdem tausende von Menschen Brotlos werden. So beschäftigten allein die Inhaber der Dannenbergerschen Fabrik noch vor ein paar Monaten außer den 30 bis 40 Handdruckern, hier und in den Webereien in Marklisse und Schlesien, zu Folge genauer, aus den Arbeitsbüchern gemachter Auszüge 2250 Menschen. Würde dem Begehren der Drucker nachgegeben, so würde das Schließen dieser und ähnlicher Anstalten das Resultat sein, das Entlassen der andern Arbeiter zur Folge haben und die Wirkung würde sich auf weitere Kreise erstrecken.

Es giebt noch mehrere Fabrikationszweige, die, wenn man sie beleuchtete, dasselbe Endresultat geben würden, es ist daher die Ansicht, daß die Fabriken den Handwerkerstand ruiniren, nicht richtig.

---

† **Posen**, 18. Nov. [Günstige Aussicht.] Es verlautet, daß die Anträge unserer Deputirten hinsichts des zu beeilenden Baues der Breslau-Posener Eisenbahn, welche unseren 3 Ostprovinzen Schlesien, Posen und Preußen Hebung des Wohlstandes und Sicherung der Ruhe verspricht, und ohne welche auch die große Ostbahn einen großen Theil ihrer Wichtigkeit verliert — bei den Ministerien und den Abgeordneten der ersten Kammer günstige Aufnahme gefunden haben. Hoffentlich wird der merkwürdige Grundsatz, welcher von einer Seite starr verfochten sein soll: da zu geben, wo schon recht viel ist und da nichts zu geben, wo wenig oder nichts ist — nicht den Sieg erhalten, sonst müßten unsere armen Ostprovinzen, durch ihre geographische Lage schon zurückgesetzt, stiefmütterlich behandelt, alle Hoffnung einstiger industrieller Kultur aufgeben.

Stettin, 17. Nov. [Der Adler.] Am 2. Nov. ging hier durch den elektro-magnetischen Telegraphen von Berlin aus Ordre ein, den preußischen „Adler" zu armiren, ihn mit doppelter Bemannung zu besetzen und das Schiff auf 3 Wochen mit Proviant zu versehen. Man vermuthete damals, daß der Adler nach Eckernförde zur Führung der „Gesion" in einen preußischen Hafen bestimmt sei, und daß man nur, um die Aufmerksamkeit auf einen andern Punkt zu richten, einen englischen Hafen als Bestimmung des Adlers nannte. Die inzwischen veröffentlichten Aktenstücke in Betreff der Gesion haben die Wegführung der Gesion von der Entscheidung der englischen Regierung abhängig gemacht; inzwischen harrt der Adler noch immer auf eine Ordre, welche die Fregatte nach Swinemünde führen könnte. (N. H.)

Münster, 15. Novbr. [Der Prinz von Preußen und die Geistlichkeit.] So viel wir haben erfahren können, hatte die Unterredung, welche der Prinz von Preußen nach seiner Ankunft auf dem Schlosse mit unserem hochwürdigsten Bischofe gehabt hat, ungefähr folgenden Inhalt. Der Prinz von Preußen sprach sich gegen den Bischof dahin aus, daß die völlige Umgestaltnng aller Verhältnisse im vorigen Jahre gewiß Allen unerwartet gekommen sei, daß jene Umwälzung aber gar nicht hätte eintreten können, wenn nicht die Jugend so verdorben wäre. Daß die Jugend aber so verdorben sei, davon trage auch theilweise die Geistlichkeit und der Lehrerstand die Schuld; denn unter den Geistlichen seien auch einige, unter den Lehrern aber viele gewesen, die ihren Beruf nicht erkannt und ihre Pflicht nicht erfüllt hätten. Ehe unser hochwürdigster Bischof hierauf antworten konnte, bemerkte ein Mitglied der evangelischen Geistlichkeit, daß es doch jetzt besser geworden sei, wogegen der Prinz von Preußen bis jetzt nur einen kleinen Anfang der Besserung erkennen wollte. Darauf nahm unser Bischof das Wort, indem er im Wesentlichen sagte: Er könne der Geistlichkeit seiner Diözese das rühmlichste Zeugniß ihrer treuen Pflichterfüllung geben; Keiner habe im verwichenen Jahre gewankt und Alle seien stets für Recht und Ordnung aufgetreten. Auch dieses würde ferner geschehen, und die Kirche würde gewiß ihre Mission erfüllen, wenn ihr vollständige freie Entfaltung gewährt werde, worauf denn der Prinz erwiederte, daß die Kirche aber keinen Staat im Staate bilden dürfe. Beide Kirchen — auf die katholische und evangelische Geistlichkeit hinweisend — müßten zum selben Ziele vereint hinstreben. Der Prinz entfernte sich dann mit den Worten, daß aber Auswüchse abgeschnitten werden müßten. (Westf. M.)

Deutschland.

Frankfurt a. M., 16. Nov. [Verschiedenes.] Der Erzherzog Johann von Oesterreich wird nach Niederlegung der Reichsverweserswürde sich dem Vernehmen nach ganz in das Privatleben zurückziehen und aus diesem Grunde auch auf die offiziellen Stellen, deren Inhaber er noch im österreichischen Staat ist, Verzicht leisten. — Die österreichischen und preußischen Mitglieder der interimistischen Bundeskommission werden, wie man heute in gut unterrichteten Kreisen versicherte, zwischen dem 20. und 25. November hier eintreffen. Preußischer und auch österreichischer Seits sollen zahlreiche Bureaubeamte für die Bundeskommission ernannt sein, namentlich für das militärische Departement, welches man mit besonderer Fürsorge behandeln zu wollen scheint. — Sicherem Vernehmen nach habe Oesterreich neuerdings entschieden gegen die fortwährende Besetzung Badens, namentlich der Festung Rastatt durch preußische Truppen protestirt. (D. Bl.)

Karlsruhe, 16. Novbr. [Tagesneuigkeiten.] Von Rheinfelden, einem Grenzorte an der schweizer Gränze, ist die Meldung hier eingetroffen, daß eine Anzahl der in der Schweiz befindlichen Flüchtlinge mit dem Plane umgehe, demnächst einen Angriff auf die meist sehr gefüllte Kasse des dortigen Zollamts zu machen. Es sind dieser Meldung zufolge bereits die nöthigen polizeilichen und militärischen Anordnungen getroffen worden, um einer solchen Exkursion für Freiheit und Wohlstand gleich gehörig zu begegnen. — Das Gerücht, welches sich gestern Mittag in der hiesigen Stadt betreffs der Verleihung einer Amnestie an minder gravirte politische Verbrecher verbreitet hatte, scheint ein voreiliges gewesen zu sein. Bis jetzt wenigstens ist nichts Näheres darüber bekannt worden. Die vorläufige Freilassung vieler Gefangener aus den Kasematten in Rastatt, gegen die nur so viel vorliegt, daß der Staatsanwalt höchstens auf eine Zuchthausstrafe von 2 Jahren antragen kann, die aber nichtsdestoweniger immer noch ein kriegsgerichtliches Urtheil zu gewärtigen haben, scheint zu jenem Gerüchte Veranlassung gegeben zu haben. — Das heutige Regierungsblatt enthält ein provisorisches Gesetz in Betreff der Militärarbeitsstrafe. Nach den Bestimmungen desselben wird die gegen Soldaten oder zu solchen degradirte Unteroffiziere erkannte Arbeitshausstrafe künftig als Militär-Arbeitsstrafe in einer Straf-Kompagnie erstanden. Wird ein Unteroffizier von einem Civilgericht zur Arbeitshausstrafe verurtheilt, so müssen die Akten vor dem Strafvollzug dem Kriegs-Ministerium vorgelegt werden, damit die vorherige Degradation des Verurtheilten verfügt werde. Die Sträflinge werden regelmäßig in einer inländischen oder anderen deutschen Festung verwahrt, und daselbst zu militärischen oder sonstigen öffentlichen Zwecken verwendet. Ausnahmsweise können sie auch an anderen Orten mit besonderer Bewilligung des Kriegs-Ministeriums zu öffentlichen Arbeiten verwendet werden.

Rastatt, 15. November. [Amnestie.] Die rasch auf einander folgenden Besuche des Kriegsministers von Roggenbach und Generals von Schreckenstein und der Wunsch des Ersteren, so bald als möglich die Kasemattenräume zu leeren, haben heute, am Namensfeste des Großherzogs ein recht erfreuliches Ergebniß gehabt. Sämmtliche noch gefangenen badischen Soldaten, die nicht eines Hauptverbrechens angeklagt sind, wurden in ihre Heimath entlasstn. (Schwäb. M.)

Mannheim, 16. Novbr. [Preußische Großmuth.] Es war zu erwarten, was gestern offiziell bekannt wurde, daß preußischer Seits der Durchmarsch baierscher Truppen durch badisches Gebiet gestattet sei. Diese Erlaubniß Preußens ist eine seiner würdige Demonstration gegen die noch bestehende Weigerung Baierns, preußische Truppen durch die Pfalz marschiren zu lassen. Noch gestern konnten preußische Reserven, die nach Köln und Koblenz gehen, nicht durch die Pfalz marschiren, dafür geht heute gegen Mittag ein Bataillon baierscher Truppen (vom 9. Regiment) hier durch und sieben weitere Bataillone werden folgen, darunter alle diejenigen, die aus geborenen Pfälzern bestehen und deren Mannschaften theilweise zu den Insurgenten übergegangen sind. In den nächsten Tagen kommen noch die zur Reserve entlassenen Mannschaften des 30. Infanterie-Regiments aus Karlsruhe und Rastatt hier an, um an die Mosel zurückzukehren; wir wollen sehen, ob Baiern es gestattet, sie durch die Pfalz marschiren zu lassen. — Uebrigens hat auch Baden die baierischen Chikanen wegen der Schiffbrücke zwischen hier und dem rheinbaierschen Ufer würdig beantwortet. Baiern, das früher erklärt hatte, die Wiederherstellung der „badischen" Schiffbrücke nöthigenfalls mit Gewalt zu hindern, hat jetzt von Baden die Erlaubniß erhalten, eine Art Pontonbrücke, Behufs leichteren Uebersetzens seiner Truppen, ans badische Ufer legen zu dürfen! (Konst. Z.)

Hessen-Homburg, 16. Nov. [Widerlegung.] Die Nachricht, daß in unserm Ländchen Konflikte stattgefunden haben, welche die Regierung veranlaßt, die Hülfe fremder Truppen zu requiriren, entbehrt allen Grundes. Unsere Regierung will übrigens ebenfalls Schritte thun, um die Auslieferung der in Baden gefangen sitzenden, am Aufstand betheiligten Staatsangehörigen zu verlangen und sie hier vor Gericht zu stellen. (D. Z.)

Schleswig-Holsteinsche Angelegenheiten.

Altona, 18. Nov. General v. Bonin traf heut morgen hier ein, um das Jägerkorps zu inspiciren, wie dies bereits schon mit der Rendsburger Garnison geschehen. Die permittirten Reserven von zehn Bataillonen sind nach einer Nachricht von Rendsburg im Itz. W., welche gewöhnlich gut unterrichtet ist, einberufen. Eine neue sechspfündige Feldbatterie hatte die Werkstätten des Arsenals verlassen und steht zum Ausmarsch fertig. So wird Alles vorbereitet für den Ausbruch des Krieges, welcher kaum ausbleiben wird. Die Militärintendantur ist sehr thätig für Anschaffung der nöthigen Ausrüstungsgegenstände, so daß in kurzem unsere Armee hinsichtlich ihrer Ausrüstung nichts zu wünschen übrig lassen wird. (Konst. Z.)

Schleswig-Holstein, 18. Novbr. Das Gerücht von dem Austritt des Generals von Bonin scheint denn doch wohl nur ein sehr leeres, wenigstens ein sehr voreiliges gewesen zu sein. Wir hören heute, daß derselbe vorerst noch keineswegs daran denke, uns und unsere Sache zu verlassen. Die Rüstungen schreiten vor wie nach vorwärts. In Rendsburg, so berichtet das dortige Wochenblatt, hat in diesen Tagen eine sechspfündige Feldbatterie die Werkstätten des Arsenals verlassen und steht zum Ausmarsch auf dem Paradeplatze fertig. Am 13. d. fand in Rendsburg wieder ein großes Festungsmanöver statt. Gerüchtweise wird erzählt, daß die Permittirten von den meisten Bataillons einberufen seien. (H. C.)

Oesterreich.

⊠ **Wien**, 18. Novbr. [Die Pläne der altkonservativen Magyaren und die Besorgniß erregende Lage der Dinge in Ungarn.] Die Revolution der Völker hat geendet, die Revolution der Diplomatie hat begonnen, wird sie eine neue Volkserhebung zur Folge haben? — Wer da glauben wollte, Oesterreich sei nach Niederwerfung der italienischen und magyarischen Erhebung am Ziele angelangt, der würde eben so irren als derjenige, welcher den Plan zu einer neuen Schöpfung für diese selbst ansehen wollte. Und Oesterreich ist noch nicht weiter, als daß es den Plan zu seiner neuen Schöpfung, der einheitlichen Gestaltung des österreichischen Staates, offen vor die Augen seiner Völker niedergelegt hat, das Schwierigste, die Verwirklichung dieses Planes steht ihm noch bevor. Die größten Schwierigkeiten aber entstehen ihm hierbei in dem schroff ausgeprägten Nationalgefühl der Magyaren und Italiener, namentlich aber ist es Ungarn, welches den größten Widerstand gegen das Aufgehen in den einheitlichen Kaiserstaat leisten wird. Die altkonservativen Magyaren, die bis diesen Augenblick treu an dem habsburgischen Kaiserhause gehalten haben, hassen jetzt Kossuth und die letzte magyarische Erhebung mehr denn früher, aber — nicht aus Liebe zu dem Kaiserhause, sondern jetzt darum, weil durch diese das Aufgehen Ungarns in den Kaiserstaat leichter geworden ist und gleichsam eine rechtliche Basis, die Basis der Eroberung, gewonnen hat. Diese Basis umzustoßen ist ihr eifrigstes Bestreben, denn nur so

(Fortsetzung in der Beilage.)

Mit zwei Beilagen.

Erste Beilage zu № 272 der Breslauer Zeitung.

Mittwoch den 21. November 1849.

(Fortsetzuns.)

können sie den Glanz des alten Königthums und somit den Glanz der Magnaten herstellen. Hierzu führen aber nur zwei Wege, entweder die Herstellung der absoluten Monarchie oder der Reichstag. Beide Wege scheinen sich auszuschließen und doch sollen sie nach dem Plane des alt-konservativen Magyarismus nach einem und demselben Ziele führen. Die Wiederherstellung der früheren Absolutie dürfte voraussichtlich in den deutschen Provinzen zu einer neuen Erhebung führen, diese wäre nur durch eine Unterstützung der nichtdeutschen Provinzen niederzuhalten; diese würde aber nur gewährt werden, wenn diesen die Selbstständigkeit, mithin also auch das frühere magyarische Königthum garantirt würde. Da dieser Weg aber bei dem gegenwärtigen Kabinet nicht durchzusetzen möglich ist, da die Krone Oesterreich eine neue Erhebung um keinen Preis provociren will, so giebt nur der zweite Weg des Konstitutionalismus, der Reichstag, Aussicht auf Erfolg. Hier ist aber diese Aussicht eine für jenen Plan sehr günstige. Es sollen in allen Provinzen die Landtage zusammenberufen werden, aus welchen dann der Reichstag hervorgeht. Auf diesen Landtagen wird es um so leichter sein, in allen nichtdeutschen Provinzen die Idee der Gleichberechtigung und des Föderativstaates unumstößlich festzustellen, als sich jetzt dergleichen Ansichten in vielen Provinzen schon mächtig gezeigt und selbst durch Deputationen ausgesprochen haben. Träte dann der Reichstag zusammen, der nach dem Willen der Krone die Sanktion des Volkes dem Einheitsstaate geben soll, so würde er nach dem Plane der Magyaren gerade zum Gegentheil, zum Föderativstaate führen. Dies ist der Hauptstein des Anstoßes, den die Krone Oesterreich an der Einberufung des Reichstages nimmt, und in der That dürfte auch an dieselbe noch lange nicht gedacht werden. Auch die Einberufung der Provinzial-Landtage wird nicht überall erfolgen, mindestens nicht in Ungarn. Hier ist also eine neue Quelle des Mißvergnügens, die zu einem reißenden, Alles verzehrenden Strome anzuwachsen droht, wenn sich der alt-konservative Magyarismus mit den eben erst bezwungenen revolutionären Elementen verbindet und einen neuen Kampf für das magyarische Königthum, für die Selbstständigkeit Ungarns beginnt. Man sieht, daß unser Kabinet den triftigsten Grund hat, die Entfernung der flüchtigen Häupter der magyarischen Erhebung von seiner Grenze zu fordern, weil es auch ohnedem alle seine Kräfte wird aufbieten müssen, um die Pazifikation Ungarns aufrecht zu erhalten. Wie genau Kossuth die Lage Ungarns und die Zunder zu einer neuen Erhebung kennt, zeigt die Rede, die er bei der Wegführung der Flüchtlinge nach Schumla an seine Anhänger hielt und welche uns die heutige „Reichszeitung" in aller Ausführlichkeit bringt. (Siehe dieselbe in der gestr. Bresl. Ztg. Beilage.) Hiernach stände nicht nur eine neue Erhebung Ungarns, sondern mehr noch ein Krieg zwischen der Pforte und Oesterreich in sicherer Aussicht. Daß letzterer nicht zu befürchten sei, konnte Kossuth bei der neuen Wendung, welche die Stellung Oesterreichs zu Rußland genommen hat und bei der neuen Gestaltung der Dinge in Deutschland — freilich nicht wissen, daß er aber die Sachlage in Ungarn richtig geschätzt hat, wird uns eine nicht ferne Zukunft lehren.

N. B. **Wien**, 19. Nov. [Tagesbericht.] Der neue Zolltarif beschäftigt fortwährend die öffentliche Aufmerksamkeit im vorwaltenden Sinne, und die wiederholten Erklärungen des Handelsministers, daß er mit der öffentlichen Meinung Schritt für Schritt gehen und der inländischen Arbeit hinreichenden Schutz angedeihen lassen werde, können die aufgeregten Gemüther nur beschwichtigen. Der Unbefangene wird es gewiß billigen, daß in die Idee eines allgemeinen Industriekongresses nicht eingegangen wird, da es hier eben so schwer würde, die Vertretung, als die Vereinbarung der verschiedenartigen Interessen zu erzielen. — Das Pesther Militär-Distrikts-Kommando hat verschärfte Weisungen hinsichtlich des Paßwesens angeordnet. Zur Ausstellung eines Passes soll nur jene Behörde berechtigt sein, in deren Bezirk der Paßwerber zuständig ist, oder welche von dessen Zuständigkeitsbehörde speziell ermächtigt wurde. Auch soll mit dem Paßwerber früher ein Protokoll üb.r Zweck und Nothwendigkeit der Reise ins Ausland aufgenommen und von der Behörde die Verpflichtung des Paßwerbers in Bezug auf die Militärpflichtigkeit, Minderjährigkeit und Fremdenverband berücksichtigt werden. — Die Stadt Kaschau, welche eine Loyalitätsadresse an den Kaiser sandte, hat die deutsche Sprache als Geschäftssprache in ihren Verhandlungen eingeführt. — Das Programm der Vorträge an der Universität zu Lemberg enthält mehrere Vorlesungen in politischen und staatsökonomischen Fächern, sämmtlich in deutscher Sprache.

— In den nächsten Tagen bereits soll das Patent über die Gründung der Wojwodina publizirt werden. Die Komitate Bacs-Bodorogh, Torental, Temes und Krasso, dann die Bacska und das Banat, ferner der Rumäer und Illoker Bezirk des Syrmier Komitats werden unter dem Namen: „Wojwodschaft Serbien und Temeser Banat" ein den übrigen Kronländern analoges und abgesondertes Gebiet bilden. Eine besondere Verfügung wird die Landes- und Reichsvertretung desselben regeln; sie wird in 3 Kreise eingetheilt, welchen ein in Temeswar residirender Landeschef vorsteht. Der Kaiser wird den Titel eines Großwojwoden von Serbien führen. — In Prag wird Erzherzog Albrecht am heutigen Tage aus Mainz erwartet. Der Kaiser soll Willens sein, einen Theil des Armeekorps in Böhmen zu besichtigen und sodann über Budweis und Linz in die Residenz zurückzukehren. Erzherzog Albrecht würde den Kaiser durch Böhmen begleiten, dann mehrere Wochen bei seinem Armeekorps verweilen, den Winter aber als Festungsgouverneur in Mainz zubringen.

[Die Abreise des Kaisers.] Gestern Nachts um 11 Uhr sind Se. Majestät der Kaiser in Begleitung Sr. k. k. Hoheit des durchlauchtigsten Herrn Erzherzogs Wilhelm, dann des Herrn General-Adjutanten, Grafen v. Grünne, des Herrn Minister-Präsidenten Fürsten v. Schwarzenberg, des Herrn Ministers des Innern, Dr. Bach, des Herrn Feldmarschall-Lieutenant v. Sallaba, und der beiden Herren Flügel-Adjutanten Grafen Trojer und O'Donnel (mittelst Separat-Trains) nach Prag abgegangen. Auch der k. k. Ministerialrath Baron Thierry und zwei höhere Beamte des Ministeriums des Aeußeren befanden sich im allerhöchsten Gefolge. Der Kriegsminister Graf Gyulai, der Obersthofmeister Fürst Liechtenstein und der Rittmeister Dorner, gaben Sr. Maj. bis zu den Waggons das Geleite. Der Abschied Sr. Majestät von den obengenannten zwei Großwürdenträgern des Reiches war sehr herzlich. Se. Majestät schienen sehr wohl gelaunt. *) Der General-Inspektor Keißler und der Herr General-Sekretär-Stellvertreter Oppenheim genossen die Ehre, den Zug begleiten zu dürfen. Gleichzeitig sind auch vier kaiserliche Hofwagen nach Prag abgegangen. Der Erzherzog Ferdinand d'Este, k. k. Feldmarschall-Lieutenant, ist am 16ten sammt Gefolge von Frohsdorf nach Italien abgereist. — Heute Morgen ist der FZM. Baron Jelachich in Begleitung seines Bruders und zweier Adjutanten, nach Brünn abgegangen. — Vorgestern ist der FZM. Baron Augustin nach Prag abgegangen. (Wiener Z.)

8 **Wien**, 19. November. [Augustin. Moltke.] Die durch die Abdankung des Erzherzogs Ludwig erledigte wichtige Stelle eines Direktors der Artillerie ist dem k. k. Feldzeugmeister Baron Augustin anvertraut worden, einem Offizier, der sich durch die Verbesserung der Congreve'schen Raketen einen europäischen Ruf gemacht. Vom General-Adjutanten Sr. Maj. des Kaisers Ferdinand, Graf Clam-Martinitz, bitter verfolgt und gedemüthigt, hatte Baron Augustin in den letzten Feldzügen die Nützlichkeit seiner Rakete praktisch zu erproben und bei der Belagerung von Venedig gelang es seinem genialen, nie verlegenen Geiste durch eine bisher für unmöglich gehaltene Verstärkung der Pulverladung die Projektile auf eine wirklich fabelhafte Entfernung in die Stadt zu treiben und dadurch die endliche Capitulation der trefflich vertheidigten Stadt zu beschleunigen. Zugleich begrüßen wir hierin den Anfang des vernünftigen Systems an die Spitze wichtiger Militärzweige nicht hohe Namen zu stellen, die oft recht gut klingen mögen, aber deren Träger, sei es wegen großer Jugend oder Mangel an Kenntnissen dem Posten nicht gewachsen sind, und deshalb in die Hände von Rathgebern fallen, die häufig unter dem Mantel der fürstlichen Unverantwortlichkeit einen Augiasstall von Mißbräuchen erschaffen, deren Odium dem erlauchten Namen zur Last fällt. Auf solche Weise machen die Umschliche obskurer Personen Mitglieder des Regentenhauses unpopulär, welche sonst, in geeigneter Sphäre beschäftigt, gewiß sehr beliebt geworden wären. Die durch die Resignation des Erzherzogs Johann gleichfalls erledigte Stelle eines Direktors des Geniekorps und der Militär-Akademien ist dem Feldmarschall-Lieutenant Cabega verliehen worden, einem Manne von echtwissenschaftlicher Bildung und erprobter Kriegserfahrung. — Die Ankunft des k. dänischen Ministers, Graf Moltke, der direkt von Petersburg hierher eilte, wird wohl nicht mit Unrecht mit dem bevorstehenden Zusammentritt der neuen Bundeskommission in Frankfurt in Verbindung gebracht, wodurch Oesterreich eine entscheidende Stimme in der schleswig-holsteinischen Angelegenheit erhält. Um diese im freundschaftlichen Sinne zu lenken, sucht Dänemark die russische Vermittelung, deren Gewicht am Wiener Hofe dermalen ungeheuer ist, und so dürfte den Herzogthümern die schwerste Prüfung noch bevorstehen. — Der noch immer in Kriminalhaft schmachtende Dr. Trampusch aus Salzburg, welcher als Mitglied der Deputation der Frankfurter Linken mit Blum, Fröbel und Hartmann im Oktober v. J. nach Wien gekommen war, allein an den kriegerischen Unternehmungen keinerlei Antheil genommen hatte, ist trotz seiner Jugend in Folge des Grams ergraut. Obschon Nichts Beschwerendes weiter gegen ihn vorliegt, so dürfte die Stunde der Freiheit doch nicht gekommen sein, weil man sich jetzt mit den Frankfurter Behörden in Korrespondenz gesetzt hat, um über sein dortiges Leben genaue Erhebungen zu pflegen.

*) Der Kaiser ist, wie der Lloyd meldet, am 19. Novbr. Mittags 12 Uhr 30 Minuten in Prag angelangt. Red.

L. **Krakau**, 15. Novbr. [Judenverfolgungen. Russische Liquidationen.] Ich habe Ihnen fast eine Woche nicht geschrieben, weil wirklich nichts, gar nichts zu berichten war. Unsere Stadt hat kein politisches Leben mehr; seit die Russen fort sind, und nur noch einige Militärpolizeibeamte zurückgeblieben, die erst den unmittelbaren Befehl des Czaren abwarten, hat auch das letzte Interesse aufgehört, welches der alten Königs-Stadt eine freilich sehr ominöse Bedeutung gab. Nun, die Russen haben das alte polnische Kastell verlassen, die alten polnischen Patrioten sinnen vielleicht wieder in der Stille der Nacht auf ein hübsches Revolutiönchen und es ist gewiß die hier seit ein paar Tagen circulirende falsche Nachricht, daß in Paris die Montagnards einen Aufstand gemacht und den Präsidenten festgenommen haben, in ihrer Schmiede entstanden. Damit sollen nun die Gemüther bearbeitet, für eine günstigere Zukunft vorbereitet werden. Die Juden aber scheinen sie nicht mehr als Verbündete annehmen zu wollen, und es ist nur allzuklar, daß die Polen jetzt einen anderen Feldzugsplan erdacht haben. Den natürlichen Haß des Landvolks gegen die Juden, welche nur allzuoft Gelegenheit haben, das erstere zu übervortheilen, suchen die Polen jetzt durch eine innige Verbindung mit der Geistlichkeit und durch übertrieben judenfeindliche Artikel zu nähren, und wo möglich zu vergrößern. Der „Czas" hat wieder eine neue Philippika gegen das Geschlecht Israel losgelassen, die alles übertrifft, was nur Haß und Erbitterung, Vorurtheil und geistige Beschränktheit je gegen dieses unglückliche Volk eingegeben hat, und den früheren Redakteur der aristokratischen, in Lemberg erschienenen „Polska," den ehrenwerthen Herrn Mętiszewski zum Verfasser haben soll. Wir leben doch hier im Belagerungszustande, Entgegnungen können daher nicht in polnischer Sprache erscheinen, weil der „Czas" das einzige polnische Blatt ist, und die demokratisirende Jutrzenka verbothen wurde. Aber was den Einen recht, sollte den Andern billig sein, und wenn der Fürst Alfred v. Windischgrätz das judenfeindliche Blatt von Quirin Endlich: „Schild und Schwert" in Wien verbieten konnte, trotzdem daß es die Loyalität als Paradepferd ritt, so glaube ich, daß auch unsere Landesregierung nicht blos berechtigt, sondern auch verpflichtet wäre, dem Czas die Veröffentlichung solcher aufreizender, auf eine Krakauer Juden-Vesper geradezu berechnender Artikel streng zu untersagen. Die jüdische Gemeinde hat den Entschluß gefaßt, eine Deputation an den Wiener Ministerrath abgehen zu lassen, an der sich sowohl der orthodoxe Theil durch den hiesigen Rabbiner, wie auch der freidenkende Theil der Juden durch einen Arzt und einen Schuldirektor betheiligen werden. Möge es ihnen gelingen, die Herren Minister für eine energischere Durchführung des ersten Paragraphen der Grundrechte zu gewinnen. — Vorige Woche ist ein Graf Zichy, wie es heißt, der frühere Oberkommissar von Ungarn, auf seinem Wege nach Warschau hier durchgekommen. Man sagt, er sollte vom Fürsten Paskewitsch die Rechnungen für die gesammten Ausgaben der russischen Armee in Ungarn beziehen, damit die österreichische Regierung das Nöthige für die Liquidirung dieser Summen an Rußland einleiten könne. So viel uns bekannt ist, hat die russische Regierung beim ersten Vorrücken ihrer Truppen auf österreichisches Gebiet erklärt, daß sie nicht blos als Hilfsfreund Oesterreichs, sondern zur Bekämpfung der ihre Staaten gefährdenden polnisch-ungarischen Insurrektion sich am Kriege betheilige, also pro domo sua in den Kampf ziehe. In diesem Falle müßten also natürlich alle gemachten Ausgaben von Rußland allein getragen werden, und wir sind überzeugt, daß dem ersten allgemeinen Reichstage das gesammten Oesterreich wohl keine Votirung einer an Rußland schuldenden Summe für geleistete Hilfe abgefordert werden wird. Die andere Version über die Sendung des Grafen Zichy nach Warschau scheint also der Wahrheit näher zu kommen. Sie soll nämlich die in Bartfeld befindlichen

überfüllten Magazine mit Proviant betreffen, der von Rußland geliefert, dessen Spedirung von der russisch-polnischen Grenze nach Bartfeld aber von der österreichischen Regierung, theils durch geleisteten Vorspann des Landvolks, theils durch eigene Spediteure besorgt worden war. Die russische Regierung, welche diese Vorräthe in der Voraussetzung eines länger dauernden Krieges, der durch die Unterwerfung Görgey's rasch beendet wurde, anhäufte, verlangt nun die Uebernahme derselben von Seiten Oesterreichs und Ersatz der darauf verwendeten Geldsummen. Eine solche Forderung könnte nur billig erscheinen, wenn sich nicht bei näherem Betracht dieser kitzlichen Frage das unserer Regierung gewiß wohlbekannte Faktum herausstellte, daß erstens ein großer Theil dieser Vorräthe aus Zwieback und Graupe bestände, die beide vom österreichischen gut genährten Soldaten niemals gebraucht werden, und dann zweitens diese Vorräthe sowohl als die vorhandenen Mehlquantitäten größtentheils durch Nässe und Mangel an ordentlichen Räumlichkeiten verdorben und unbrauchbar geworden sind. Wem es bekannt ist, wie ein russischer Soldat behandelt wird, und diese Behandlung mit der Humanität und der liebreichen Sorgfalt vergleicht, die durchweg, wir können es mit Stolz sagen, bei der Verpflegung des österreichischen Militärs vorherrscht, wird die Verlegenheit unserer Regierung, ungesunde, also gänzlich unbrauchbare Vorräthe übernehmen zu sollen, leicht begreifen und von Herzen wünschen, daß es dem Grafen Zichy gelinge, in Warschau ein Auskunftsmittel zu finden, das beide Parteien gleich befriedige.

Von der italienischen Grenze, im November. [Die Politik Oesterreichs in Bezug auf Italien. Die Banditen-Banden. Triest wird befestigt.] Die durch ihre Plauderhaftigkeit und gutmüthige Großsprecherei in ganz Italien sprüchwörtlich gewordenen Veroneser sind vor Entzücken außer sich, da ihre Stadt die Hauptstadt des lombardisch-venet. Königreichs geworden, und geben sich den schönsten Träumen für ihre Zukunft hin; allenthalben erblickt man heitere Gesichter und die Besatzung lebt mit dem Bürgerstande im besten Einvernehmen, ja eine Anzahl Einwohner aus der höheren Bürgerklasse ist zu einem italienisch-österreichischen Verein zusammen getreten, welcher das Ziel verfolgt, die freisinnigen Schritte der Regierung überall zu unterstützen, und namentlich auf die unteren Volksschichten belehrend einzuwirken, da gerade dort, wo die Einsicht mangelt, Haß und Vorurtheil die tiefsten Wurzeln geschlagen haben. Die Regierung, im Bewußtsein hier, in Ungarn und Polen die Aristokratie zur unversönlichen Feindin zu haben, wird, ohne es zu wollen, zur eifrigen Beförderin des Bürgerthums gemacht und um dies zu heben, bleibt ihr nichts übrig, als mittelst Handel und Verkehr die Mittelklasse reich und unabhängig zu machen, weshalb die materielle Richtung in dieser Hinsicht zugleich eine politisch-wichtige Seite besitzt. In Deutschland und Italien verfolgt die österreichische Regierung dermalen denselben Zweck, und man kann nicht leugnen, daß derselbe, sobald der europäische Frieden gewahrt bleibt, und die Entwickelung sich ruhig entfalten kann, erreicht werden muß. Die Eisenbahn von Mestre nach Triest dürfte in dieser Beziehung besonders wichtig werden; die zerstörte Lagunen-Brücke ist zwischen Mestre und St. Giuliano insoweit hergestellt, daß den 25. d. M. diese Strecke wieder befahren werden kann, die übrige Strecke bis Venedig will Negrelli bis zum März 1850 vollkommen fahrbar machen. — Die in den Legationen garnisonirenden k. k. Truppen erleiden fortwährend namhafte Verluste bei der Verfolgung jener Banditenschaaren, die sich nach der Auflösung der römischen Armee im Kirchen-Staat gebildet haben; besonders die in Ankona stationirten Ulanen haben manchen wackern Mann verloren, worunter auch einige Offiziere. Die Banditen sind allzusehr im Vortheil, weil sie alle Schlupfwinkel des Gebirges kennen, und da die Landleute die Rache derselben mehr fürchten, als die Drohungen der Oesterreicher, so dienen sie den Wegelagerern auch als Führer und Hehler. Ohne daß man irgend Jemand ansichtig wird, pfeifen die Büchsenkugeln aus Felsenklüften hervor und bringen den Tod in die Reihen tapferer Krieger, die oft voll Erbitterung sind, weil sie den meuchlerischen Angriff nicht erwiedern können. — Von der Befestigung Triests ist jetzt mehr denn jemals die Rede und es sollen die darauf bezüglichen Pläne bereits vollendet sein. Nicht nur würden an den geeigneten Orten mächtige Strandbatterien errichtet werden, auch die Höhen Optschina sollen bedeutende Forts mit weittreibenden Mörsern und Kanonen erhalten, deren Kugeln jeder Flotte Respekt einflößen dürften.

Italien.

Turin, 13. Nov. In der heutigen Sitzung der Deputirtenkammer kam endlich der Friedensvertrag zur Sprache. Herr Buffa stellte den Antrag, denselben als fait-accompli anzuerkennen, was jedoch mit so vielen Amendements modificirt wurde, daß die weitere Berathung auf morgen verschoben wurde. (Lloyd.)

Frankreich.

× **Paris**, 16. Novbr. [National-Versammlung. Reibungen zwischen dem Präsidenten der Republik und der Majorität der Versammlung. — Römisches.] Die heutige Sitzung der National-Versammlung zeigte aufs neue, wie wenig die Majorität der Versammlung mit dem Elysée im Einverständnisse ist. Die heutigen Abstimmungen bekunden vielmehr die Intention der Majorität, ihr Schmollen durch eine Reihe kleiner Akte zu manifestiren, die, ohne den Charakter einer entschiedenen Opposition zu haben, dennoch aber den Mangel an Wohlwollen an den Tag legen. Das erste Votum betraf die Genehmigung der Diskussion über eine Proposition, Betreffs des Gestüts von St. Cloud, welche vom Minister Fould bekämpft worden ist; das zweite und bezeichnendere ist die Verwerfung der beantragten Bewilligung von 52,000 Fr. für die Wohnung des Vicepräsidenten der Republik. — Beide Abstimmungen sind freilich nicht von großer Bedeutung, aber sie lassen schon die Aufnahme vermuthen, welche andern Propositionen zu Theil werden wird. Man darf als gewiß annehmen, daß die heutigen Kammer-Beschlüsse viel böses Blut im Elysée machen und die Eintracht zwischen der Majorität und dem Präsidenten der Republik, welche so viele Blätter als gar nicht alterirt ansehen, wenig konsolidiren werden. Unter diesen Journalen ist der „Constitutionnel" am meisten optimistisch, wobei allerdings zu wissen nothwendig ist, daß dieses Journal mit Sack und Pack in das bonopartistische Lager übergegangen ist. Dieses Faktum ist heute ganz notorisch und außer jedem Zweifel. Das Journal des Hrn. Veran wird nunmehr in gewisser Beziehung als der Moniteur des Elysée angesehen, und es hat seinen vollkommenen Bruch mit Hrn. Thiers bereits durch eine Reihe von agressiven Artikeln angekündigt. Diese neue Haltung des Constitutionnel gegen die Männer, welche bisher seine Patrone gewesen sind, kann die Spaltung zwischen dem Elysée und der Fraktion der Majorität, welche dieselben Männer als ihre Chefs anerkennt, nun vollständig machen. Was aus diesem Konflikt, der immer bestimmter hervortritt, werden wird, ist schwer vorherzusagen. — Paris ist indeß vollkommen ruhig. Nach so vielen heftigen Erschütterungen ist es über die parlamentarischen Verwickelungen ganz blasirt. — In Betreff der Rückkehr des Papstes nach Rom scheint ein Hemmniß eingetreten zu sein. Während sämmtliche Nachrichten in der jüngsten Zeit darin übereinstimmten, daß der Papst bald nach Rom zurückzukehren gedenke, melden die heutigen im Gegentheil, daß die Rückkehr noch sehr problematisch sei. Der Papst ist am 2. aus Benevent nach Portici zurückgekehrt und es wird gemeldet, daß er daselbst zu bleiben entschlossen sei. Die Rückberufung des Herrn v. Corcelleb, zu dem der Papst großes Vertrauen hatte, soll die Ursuche dieses Entschlusses sein. — Gestern Abend fand großer Empfang im Elysee statt. Die Gesellschaft war sehr glänzend; man sah sehr schöne Frauen, einen großen Theil des diplomatischen Corps und auch eine große Anzahl Repräsentanten aus der Majorität. Herr Molé war seit dem Erlasse der jüngsten Botschaft zum ersten Male anwesend, eben so Herr v. Montalembert. Die Herren Thiers und Berryer glänzten durch ihre Abwesenheit.

× **Paris**, 17. Nov. [Fortgesetzte Reibung zwischen der Majorität der Nat.-Versammlung und dem Präsidenten der Republik. — Aus London. — Römisches.] Was ich schon in meinem gestrigen Schreiben andeutete, bestätigt sich bereits auch heute; die Majorität der Nat.-Versammlung und des Elysée befinden sich auf dem Punkte, sich gegenseitig zu necken. Vor drei Wochen etwa waren Majorität und Gouvernement einig, die Proposition Jerome Napoleons auf Ertheilung einer Amnestie zu verwerfen. Kurz darauf werden zum großen Erstaunen der Majorität 700 Gefangene durch den Willen des Präsidenten in Freiheit gesetzt, der hiermit die Popularität dieser Maßregel für sich allein gewinnen zu wollen schien. Heute schien nun die auf das Spiel pikirte Majorität eine Proposition annehmen zu wollen, welche beantragt, die Verurtheilung der 500 Nicht-amnestirten einer Revision unterwerfen zu lassen. Um dieses Projekt der Majorität zu vereiteln, bleibt dem Präsidenten nichts übrig, als auch diese 500 zu amnestiren, und ein Journal will auch schon heute wissen, daß dies am 10. Dezember, dem Jahrestage der Wahl geschehen würde. Wenn die Neckereien keine andern Konsequenzen als „Gnade nnd Generosität" haben, so wäre freilich kein großes Uebel dabei. Allein es steht nur zu sehr zu befürchten, daß die Sache doch eine ernstere Wendung nehmen und die Leitung der Geschäfte hemmen wird. — Wie es scheint, wird es immer schwieriger, einen Minister für das Aeußere zu finden. General Lahitte, der dieses Portefeuille übernehmen sollte, ist zum Gesandten in Berlin ernannt und gerüchtweise meldet man heute, daß Ferd. Barrot das letztere übernehmen und das Innere an Hrn. Vaisse den ehemaligen Direktor der Civilangelegenheiten in Algerien, abtreten werde. Sollte sich dieser Plan realisiren, so würde es zur Unzufriedenheit der Majorität der Nationalversammlung geschehen. — Heute aus London angekommene Briefe stellen einen dortigen Kabinetswechsel in Aussicht. Die neuesten englischen Journale erwähnen jedoch dieses Gerüchtes mit keiner Silbe. — Die heutigeu römischen Korrespondenzen lauten sehr widerspruchsvoll. Nach der einen wird der Papst zurückkehren, nach der anderen nicht. Außerdem wird noch gemeldet, daß der Papst mit der Ernennung des Generals Baraguay-d'Hilliers zum Kommandanten der französischen Armee in Rom sehr unzufrieden ist und er demnach über seine Rückkehr nichts bestimmen wird, bis ihm die Dispositionen des neuen Generals en chef bekannt sein werden.

Lokales und Provinzielles.

Breslau, 20. Novbr. Das heutige Amtsblatt enthält folgende beherzigenswerthe Warnung der hiesigen Regierung:

Die vielfachen Unglücksfälle, welche nach den uns zukommenden Nachrichten fortwährend durch einen unvorsichtigen oder unrechtmäßigen Gebrauch der Schußwaffe entstehen, und in der letzten Zeit auch namentlich dadurch entstanden sind daß Jäger und andere Personen, welche auf die Jagd gegangen, die geladenen Gewehre, ohne selbige abzuschießen, zu Hause gebracht haben, lassen es uns als Pflicht erscheinen, daß Publikum wiederholt auf die durch unsere Amtsblatt-Bekanntmachung vom 28. Novbr. v. J. republicirten, noch in Geltung stehenden jagdpolizeilichen und sonstigen Vorschriften über den unvorsichtigen Gebrauch des Schießgewehres aufmerksam zu machen und selbige mit dem Bemerken zur genauesten Beachtung zu empfehlen, daß die Polizeibehörden unseres Bezirks angewiesen worden sind, des Nachdrücklichsten auf die Befolgung dieser Vorschriften zu halten.

§ **Breslau**, 20. Novemb. [Konstitutionelle Ressource.] „Ist die Zolleinigung zwischen Preußen und Oesterreich für Schlesien wünschenswerth?" so lautete das Thema, welches in der gestrigen Versammlung zum Gegenstand einer eben so ausführlichen als gründlichen Besprechung gemacht wurde. Herr Molinari hielt den einleitenden Vortrag, in welchem der Gedanke ausgeführt wurde, daß alle Schlagbäume und Zollschranken, als Erzeugnisse der alten Diplomatie, fallen müssen, und daß namentlich aus einer Zolleinigung mit Oesterreich für unser Vaterland, sowohl in politischer als materieller Hinsicht, bedeutende Vortheile erwachsen dürften. Dagegen erklärt sich Herr v. Jaski, der selbst als Laie in dieser hochwichtigen Angelegenheit mit seinem Urtheile nicht zurückhalten will. Er sei durch den Vorredner von der schließlich aufgestellten Behauptung nicht überzeugt worden. Nach der Ansicht des Redners würde die traurige Lage der finanziellen Verhältnisse Oesterreichs, der daselbst herrschende Mangel an baarem Gelde, eben so störend als nachtheilig auf den Handel Preußens einwirken. Zwar habe Oesterreich die Finanzkrisis scheinbar überwunden; doch wie leicht könne es nicht neue Stürme erfahren, da die Verfassung v. 4. März noch nicht im Entferntesten zur Ausführung gekommen ist. Ganz besonders aber würden die ländlichen Verhältnisse Preußens unter einem etwaigen Eintritt Oesterreichs in den deutschen Zollverband leiden. Bei der bekannten Fruchtbarkeit Ungarns müßten, im Fall einer von dorther eröffneten Konkurrenz, die östlichen Provinzen Preußens, die auf den Erwerb durch Rohprodukte angewiesen sind, zu Grunde gehen, sie könnten die Konkurrenz mit Ungarn und Böhmen nicht ertragen. Dasselbe wäre mit den Fabriken, namentlich der Spinner und Weber der Fall. Ebenso würden die billigen Ungarweine, die man bis jetzt in Mitteldeutschland nur wenig kenne, den ohnehin gedrückten Stand der Weinbauer am Rhein gänzlich ruiniren. Ueberdies könnte die österreichische Regierung, bei dem gegenwärtigen Zustande ihrer Finanzen, das Tabakmonopol nicht aufgeben, und es müßte sich demnach eine erhebliche Ungleichheit in der gegenseitigen Zollfreiheit herausstellen. — Aber auch aus politischen Gründen sei die fragliche Zolleinigung durchaus nicht wünschenswerth. Jene Maßregel würde die Selbstständigkeit Preußens entschieden gefährden. Bisher habe unser Vaterland den auswärtigen Staaten gegenüber den Zollverband repräsentirt, in jenem Falle würde diese Rolle dem österreichischen Kaiserstaate zufallen. Dadurch hört nicht nur Preußens Stellung als Weltmacht auf, sondern auch die Interessen des gesammten übrigen Deutschlands erscheinen wesentlich bedroht. Es wäre ein Verrath am deutschen Vaterlande, wollte man Oesterreich, dessen Schwerpunkt in seinen außerdeutschen Staaten liege, in den Zollverband aufnehmen. Ein allgemeiner Wohlstand sei von der Zolleinigung mit dem alterschwachen und mürben Oesterreich für das jugendkräftige Preußen nicht zu erwarten. Wer möchte aber nicht einzelne materielle Interessen dem allgemeinen politischen Ansehen des Vaterlandes hintenansetzen. Wenn Norddeutschland eine selbstständige, einige und feste Macht bilden werde, dann könne vielleicht eine Regulirung der Zollverhältnisse mit Oesterreich, wie sie der preuß. Staatsanzeiger in Aussicht gestellt hat, als nützlich erachtet werden. Herr Oettinger bemerkt, daß die Versammlung den

beiden letzten Rednern ihren Beifall gezollt habe, während sie doch ganz entgegengesetzte Ansichten ausgesprochen hätten. Es sei dieser Beifall wohl der Art und Weise, als dem Inhalte des Vortrages zu Theil geworden. Der erste Redner sei vom kaufmännischen, der zweite vom militärischen Gesichtspunkte ausgegangen, er halte es mit dem ersteren. Zwar gehöre die Zolleinigung mit Oesterreich nur noch zu den frommen Wünschen. Da aber von einer solchen einmal die Rede ist, so wolle auch er seine Ansicht darüber äußern. Selbst das große Römervolk wirkte am meisten dadurch, daß es seine Siege gut benutzte, selbst bei ihm galt der Spruch: cedant arma togae: der Krieg müsse den Vortheilen des Friedens weichen. Nachdem der Redner Ackerbau, Industrie und Handel als die drei Hauptpotenzen des Staats bezeichnet und den Einfluß des letzteren auf die Entwickelung der beiden ersten Erwerbszweige dargelegt hatte, erklärte er die etwaige Zolleinigung Preußens mit Oesterreich für ein sehr erfolgreiches Mittel zur Hebung der gewerblichen Interessen. Als Beweis für diese Ansicht führt der Redner die kleinern deutschen Staaten, deren Wohlstand seit ihrem Eintritt in den Zollverband bedeutend zugenommen habe. So bestanden in einer Fabrikstadt **Sachsens** vorher nur 20 Fabriken, wo gegenwärtig mehr als 100 errichtet sind. Endlich könne man in dem Eintritt Oesterreichs in den deutschen Zollverband keinerlei Gefahr für die Selbstständigkeit Preußen erblicken. Herr **Stephan** will den Zollanschluß Oesterreichs auf Kolonialwaaren und Rohprodukte beschränkt wissen. Namentlich bleibe zu wünschen, daß die schles. Linnenmanufaktur gegen eine Konkurrenz der böhm. geschützt werde. — Herr **Molinari** widerlegt die von Herrn v. **Jaski** ausgesprochenen Befürchtungen. Die Gründe der finanziellen Noth Oesterreichs haben in seinem Anlehen bei der Bank gelegen, da in Folge dessen die Noten allgemein gedrückt wurden. Jetzt werde diesem Uebelstande leicht abzuhelfen sein, die neuerdings ausgeschriebene Vermögenssteuer werde dazu dienen, die Staatsschuld bei der Bank zu tilgen. — Durch die ferne Lage Ungarns werden die Beförderungskosten so erhöht, daß von einer Konkurrenz der dortigen Rohprodukte kein erheblicher Einfluß auf den diesseitigen Verkehr zu erwarten sei. Das Tabaksmonopol werde Oesterreich aufheben müssen, wenn die Idee des großen Einheitsstaates zur Wahrheit werden soll. Eine Konkurrenz mit den Manufaktur-Waaren Böhmens werde aber nicht nur das diesseitige Fabrikwesen heben, sondern auch noch eine Menge anderer Vortheile bieten. — Die Erledigung des **Fragekastens** war dies Mal von sehr kurzer Dauer und bot im Ganzen wenig Neues. — In Folge einer Anfrage wurde ein Antwortschreiben des Minister-Präsidenten Grafen **Brandenburg** auf die an denselben zum 9. November erlassene Adresse vorgelesen.

† **Breslau**, 20. November. [**Polizeil. Nachr.**] Am 14. d. wurden von einem an der Nikolaithor-Barriere gestandenen Wagen zwei Säcke weißer Kleesaamen gestohlen.

Am 17. wurden aus einer unverschlossen und aufsichtslos gewesenen Küche in dem Hause Nr. 21 in der neuen Junkernstraße zwei silberne Löffel entwendet.

In der Nacht vom 17. zum 18. wurden aus einem unverschlossenen, zu der Besitzung Nr. 50 in der Matthiasstraße gehörenden Stalle zwei gemästete Schweine gestohlen.

Am 19. wurde aus einer unverschlossen gewesenen Stube in dem Hause Nr. 6 am Mauritiusplatz ein silberner Leuchter, 14 Rtl. an Werth, entwendet.

Seitens der hiesigen Stadtbaudeputation werden vom 19. bis incl. 24. d. M. bei öffentlichen Bauten beschäftigt: 36 Maurergesellen, 5 Steinsetzer, 10 Zimmergesellen und 189 Tagearbeiter.

Der heutige Wasserstand der Oder ist am hiesigen Oberpegel 16 Fuß 5 Zoll, und am Unterpegel 3 Fuß 10 Zoll, mithin ist das Wasser seit d. 17. d. am ersteren um 1 Fuß — Zoll und am letzteren um — Fuß 11 Zoll wieder gestiegen.

Breslau, 18. Novbr. [**Ev. lutherischer Verein.**] Wie immer, sehr besucht, namentlich vom Stande der Handwerker und Landleute. Große, andachtsvolle Stille. Vorsitzender **Krüger**. Vorzügliche Sprecher: **Wachler**, **Weiß**. Als Zweig der innern Mission behandelt man die **Volksschriften**. Warum soll das Volk — vorzüglich im Gegensatze der Gelehrten — lesen? Was soll es lesen? Wie bringt man am passendsten Schriften in seine Hände? Das sind die Fragen, um welche Alles hierbei sich drehet. Das Volk soll eine höhere und immer höhere Stufe der Bildung ersteigen. Es soll abgelenkt werden vom Umgange mit schlechten Büchern, insonderheit von solchen, welche, von „vernunftstolzen Klüglingen" geschrieben, verführerisch vom „bösen Feinde" jenen in die Hände gespielt werden. Es soll sich von nichtsnutzigen Gesellschaften und Lustbarkeiten entwöhnen. Es soll durch Vorlesen Häuslichkeit und Familien-Eintracht fördern. Die Bibel soll es lesen, Auslegungen derselben, Erbauungsbücher, Predigten, Missions-Berichte, vornemlich den Katechismus, aus welchem Erwachsene noch viel lernen können; außerdem auch belehrende Bücher gemeinnützigen Inhalts. Durch Bibliotheken und Kolporteurs bringe man dergleichen in die Häuser. Die vor 8 Tagen besprochene Büchersammlung hat schon einen Anfang genommen. Binnen wenig Tagen haben sich schon 9 Schriften zum Ausleihen an Gesellen und Lehrlinge als Geschenk gefunden. Nächsten Freitag schon soll in der früher bezeichneten Räumlichkeit das Nähere geordnet werden. Bei diesem Berichte gedenkt **Wachler** eines anonymen, ihm zugekommenen Briefes, welcher auf eine außerordentliche Weise strotzt von Schmähungen auf den Empfänger, auf die neuesten staatlichen Zustände, auf Gottes Wort. W., heißt es darin, sei „ein Judas," der um die Silberlinge, welche er vom Staate beziehe, das Volk verkaufe; und Aufrufe zur Revolution tönten aus der Bibel selbst hervor. W. ist überzeugt, daß über solches Teufelswerk „ein Schrei der Entrüstung" durch die ganze Versammlung zucke, mit Ausnahme eines Einzigen, des Briefstellers, den die Neugier, wie Jener vermuthet, wahrscheinlich unter sie gelockt hat. In dieser Voraussetzung fertigt W. den Schreiber ab durch mündliche, derbe Antwort. Er erklärt ihn für ein Kind des Satans, der denselben versucht habe, die Bibel zu Heillosem zu mißbrauchen, indem er sich „verstellt habe in einen Engel des Lichtes." Das Mittheilen des ganzen Briefes verlangt Niemand. Man geht über zu der Frage: **Unsere Kirchen**, die zu St. Elisabet, jetzt für 26,000 Seelen, die zu Maria Magdalena, deren Gemeinde sich Repräsentanten wählen soll u. s. w. — **sind sie heute noch evang. lutherische** oder nicht? Sie waren es unbezweifelt. Geschichtlicher Nachweis, von Joh. Heß an bis 1830. Sie sind es noch. Statistischer Nachweis, der bis in die geringfügigsten Einzelnheiten hinabsteigt — Stadt-Consistorium — dessen Siegel — Altäre — Kruzifixe — brennende Kerzen — (größtentheils) ungebrochene Oblaten — Alben — luther. Katechismus, dessen Gebrauch erst neuerdings von den geistlichen Revisoren den Schulen eingeschärft ist, der in den Früh-Gottesdiensten bepredigt wird u. s. f. u. s. f. Die 1830 empfohlene Union hat „nichts mehr gewollt, als Entfernung von Feindseligkeit gegen Reformirte, als „Mäßigung" im Benehmen gegen diese. Nicht alle damalige Stadt-Geistliche sind ihr beigetreten. Von den damals Verneinenden leben noch die beiden Senioren der beiden Haupt-Pfarrkirchen. Hinter die „Union" versteckten sich „die Ungläubigen." „Sie ist nirgends wirklich da. Man macht immer an ihr (Gelächter), aber sie wird nicht fertig." Schließlich wird vertheilt ein „**Aufruf des Comite's** für Armen- und Krankenpflege nebst dessen Statuten" und ein Schema zum Namens-Verzeichniß der Beitragenden für das Samariter-Werk. Man rühmt die ausgezeichnete, viele Ortschaften verhältnißmäßig übertreffende Wohlthätigkeit der „Altvordern" in ihren Stiftungen für Breslau, empfiehlt Ebers Werk darüber, und will jenen gern noch eine neue lutherische Anstalt beifügen, vor Allem mit dem Hauptzwecke, die armen Seelen zu Christo zu führen. E. a. w. P.

Breslau, im Nov. [**Feier des Stiftungstages des Privat-Vereins zur Unterstützung der Wittwen des Breslauer Medizinal-Personals.**] Der genannte Verein, der im Oktober 1827 gegründet worden, hatte im vergangenen Jahre sein Stiftungsfest nicht begangen, weil die Cholera zur gewöhnlichen Zeit der Feier die Vereinsmitglieder zu sehr in Anspruch genommen hatte. Am 10. d. M. wurde das Stiftungsfest wiederum begangen und zugleich der Bericht für die letzten zwei Jahre von Hrn. Dr. Karl Nagel, welcher durch sorgfältige Kassen-Führung sich um den Verein sehr verdient gemacht hat, vorgetragen. Der Verein hatte seit der im Herbst 1847 begangenen Stiftungsfeier sieben Mitglieder verloren und zwar nach folgender Reihe: Dr. Krauß, Dr. Dierbach, Dr. Lüdicke, Wundarzt Sonnabend, Sanitätsrath und Prof. Dr. Wentzke, Medizinalrath Dr. Hanke und Wundarzt Wittig. Diese Zahl würde schon keine geringe Sterblichkeit andeuten, wenn sie auf das ganze Medizinal-Personal von Breslau vertheilt wäre. Da der Verein aber nicht einmal die Hälfte der Medizinal-Personen Breslaus zu seinen Mitgliedern zählt und nur aus 43 Mitgliedern besteht, deren einige nicht mehr in Breslau leben, so muß man darauf den Schluß begründen — den bereits Kasper aus den Zahlen-Verhältnissen sämmtlicher preußischen Aerzte gezogen hat — daß die Aerzte sich einer viel geringeren Lebens-Wahrscheinlichkeit erfreuen, als die meisten Staatsbürger desselben Lebensalters, welche überdies einen geringern Aufwand an Zeit und an Geldmitteln bedurft haben, um sich zur Ausübung ihres Geschäfts geeignet zu machen. Die Beschwerden des ärztlichen Berufs lassen ein solches Resultat vermuthen; mehr aber noch, als die Vermuthung, ist der auf Zahlen beruhende thatsächliche Beweis. Wir legen denselben allen unsern Mitbürgern ans Herz, besonders aber denen, welche durch ihre öffentliche Stellung auf das Leben der Aerzte und auf die zu erwartende Umgestaltung mancher ärztlichen Verhältnisse von Einfluß sind.

Bedenkt man nun ferner, daß die Medizinal-Personen (etwa mit Ausnahme der Apotheken-Besitzer) in der Regel ihre Familie mittellos hinterlassen und daß die Ausnahmen von dieser Regel meistens durch Privatvermögen des einen oder andern Gatten bedingt sind, so müßte man glauben, daß alle Medizinal-Personen sich zur Mitgliedschaft eines Vereins, der die Unterstützung ihrer Wittwen bezweckt, melden müßten. Wenn dies nun nicht der Fall ist, so können wir den Grund viel weniger darin suchen, daß manche Medizinal-Personen sich anderweitiger Renten-Anstalten angeschlossen haben — worüber uns jeder bestimmte Nachweis fehlt — sondern in dem Umstande, daß die geringe Zahl der Wohlhabenden für ihre eigne Person kein Interesse bei der Sache hat, die große Zahl derer aber, welche bei mäßiger Einnahme nur mit Mühe und Sorgen die Kosten des Haushalts bestreiten, den Beitrag nicht aufzubringen vermögen und sich daher versagen müssen, ihre Gattinnen gegen die Gefahr äußerster Verarmung zu sichern. Die Gesellschaft zahlt gegenwärtig an 10 Wittwen Pension von je 100 Thlr., also im Ganzen 1000 Thlr. jährl. aus; dennoch besitzt sie einen Kassenbestand von mehr als 9000 Thlr., welcher wenigstens die nächste Zukunft völlig sicher stellt. Es ist jedoch zum Besten armer Wittwen solcher Männer, die ihr Leben der Linderung menschlichen Elends gewidmet haben, und zur Ehre Breslaus zu wünschen, daß die nützliche Anstalt — bei deren Verwaltung nur ein Bote besoldet wird — für immer erhalten werde. Dies kann jedoch nur dann geschehen, wenn dem Vereine mehrere Mitglieder zuwachsen, besonders von Seiten derer, die für ihre eigene Person kein Interesse an dem Beitritt haben, und bei einem solchen lediglich das Beste ihrer Kollegen beabsichtigen. Ein treffliches Beispiel dieser Art hat eines der obgenannten sieben verstorbenen Mitglieder gegeben, indem es unter schriftlicher Verzichtleistung für seine Wittwe während langer Jahre zu dem Vereine beigesteuert hat. Dasselbe gilt von einem der Vorstände, welcher bereits bei Gründung des Vereins verwittwet und für immer als Wittwer verharrend, lediglich aus kollegialem Interesse beisteuert. In ähnlicher Weise geben zwei Aerzte, welche deßhalb zu Ehrenmitgliedern ernannt sind, jährlich eine namhafte Beisteuer, während sie auf jede Unterstützung ihrer Wittwen verzichten. Schließlich fordern wir auch diejenigen Aerzte auf, denen der Beitrag zwar schwer fallen dürfte, die ihn aber doch bei einiger Aufopferung möglich machen können, daß sie denselben nicht länger unterlassen mögen. Edle Gattinnen werden sicherlich nicht Anstand nehmen, durch Ersparnisse die vermehrte Ausgabe zu erleichtern. Endlich fordern wir die Reichen auf, bei Vermächtnissen dieses Vereins zu gedenken. Die Wittwen der Aerzte, welche nach Opfern aller Art ihre Familie mittellos hinterlassen, haben wahrlich nicht geringere Ansprüche, als irgend andere Bedürftige, auf die Wohlthätigkeit derer, welche Vermächtnisse zu stiften vermögen. Auch hierfür sind schon einige Beispiele zu nennen, namentlich das der Gebrüder **Fränkel**, deren Gedächtniß durch viele Stiftungen in bestem Andenken erhalten wird.

Möge der Verein bei der gegen Ende des Jahres 1850 zu begehenden Feier keine neuen Todesfälle aufzuzählen haben, und durch den zahlreichen Beitritt neuer Mitglieder, durch außerordentliche Zuschüsse und Vermächtnisse und endlich durch Zusagen zukünftiger Vermächtnisse erfreut und zur Forsetzung seiner nützlichen Wirksamkeit aufgemuntert werden.

L—dt.

Theater.

Es war gewiß ein großes Verdienst von der Theater-Verwaltung, daß sie vor einiger Zeit Shakspeare's Lustspiel „die lustigen Weiber von Windsor" zur Aufführung gebracht hat, da sie hiermit eine Bahn geöffnet, die, wenn anders darauf fortgefahren wird, für die Geschmackbildung des Publikums sehr ersprießlich werden kann. Die Lustspiele Shakspeare's sind trotz der Einbürgerung des brittischen Dichters in Deutschland, doch immer nur einem kleinen Theil des Publikums bekannt. Die deutsche Bühne hat sich niemals viel um sie gekümmert und der einzige Weg, auf dem diese genialen Produktionen eines weltzersetzenden Humors in die Nation eindringen konnten, war hiermit auch verschlossen geblieben. Die große Dürftigkeit der neuesten Zeit an dramatischen Neuigkeiten scheint nun das Gute zu haben, daß die Bühnen dem großen Reichthum in Shakspeare mehr nachgraben, größere wie kleinere Theater bringen seine Lustspiele zur Aufführung und so steht denn zu erwarten, daß dieselben mit der Zeit zu der Popularität gelangen werden, welche die Tragödien schon seit so langer Zeit bei uns genießen.

Das Unternehmen ist freilich kein leichtes, und wir wissen es Alle, mit welchen Schwierigkeiten auch die Einführung der Tragödien Shakspeare's auf die deutschen Bühnen zu kämpfen hatten, und wie sie in der ersten Zeit von Schröder dem Publikum erst umgearbeitet werden mußten, ehe sie später in der ursprünglichen Form und der wahren Größe zur Darstellung gelangen konnten. Ist nun schon das Bemühen einer Direktion, in dieser Beziehung wirksam zu sein, höchst lobenswerth, so kann man einem einzelnen Darsteller, der hier sein Interesse dem der Kunst hintenansetzt, gewiß nicht die vollste Anerkennung versagen. Eine solche Anerkennung gebührt Fräulein **Schwelle**, die zu ihrem Benefize am **nächsten Donnerstag** Shakspeare's Lustspiel „**Viel Lärmen um Nichts**" gewählt hat. Es zeigt dies von einem schönen Kunstsinn, den, wie wir hoffen wollen, das Publikum auch durch reiche Theilnahme belohnen wird.

Das Lustspiel ist von unserm Landsmann v. **Holtei** für die Bühne eingerichtet worden, und in dieser Bearbeitung in **Berlin** und an andern Bühnen mit großem Erfolge gegeben worden. Wir behalten uns vor nach der Vorstellung ausführlicher darauf zurück zu kommen.

Gesangspiecen von Fräulein **Babnigg** und mimisch-plastische Darstellungen von Fräulein **Schwelle** werden dem Stücke folgen, was wir als dankenswerthe Zugabe mit Vergnügen annehmen. M K.

† **Aus der Provinz.** Am 8. November des Morgens in der fünften Stunde brach in dem Stall-Gebäude des Schäaker Rogosch zu Kleinitz im Kreise Grünberg Feuer aus, welches so schnell um sich griff, daß in Zeit von einer Stunde, das Wohngebäude nebst Scheune und Stallung, so wie sämmtliche Getreide-Vorräthe ein Raub der Flammen wurden. Menschen oder Vieh sind bei diesem Feuer nicht zu Schaden gekommen und die Entstehungsursache wird in vorsätzlicher Brandstiftung durch ruchlose Hand vermuthet. — Am 15. November des Abends ½8 Uhr brannten in der deutschen Vorstadt zu Pleß 22 Scheuern mit sämmtlichen Getreidevorräthen nieder. Die Entstehung dieses Feuers ist zwar bis jetzt noch nicht ermittelt, jedoch wird vermuthet, daß es durch Nachläßigkeit entstanden sei. — In der Nacht vom 7. zum 8. November wurden aus der evangelischen Kirche zu Boyadel im Kreise Grünberg mittelst gewaltsamen Einbruchs durch das Fenster zwei messingne Kronleuchter, zwei zinnerne schwarzlackirte Altarleuchter und eine halbseidene Altardecke gestohlen. In den beiden Kronleuchtern ist der Name Salzfaktor Neumann und die Jahreszahl 1746 eingravirt. Trotz der sorgfältigsten Vigilanz über diesen Kirchenraub ist man den Thätern bis jetzt noch nicht auf die Spur gekommen. — In der Nacht vom 7. zum 8. November ist in Liebenzig im Kreise Freistadt der katholischen Kirche eine neue buntkattunene Staubdecke vor dem Hochaltare, die in

derselben befindliche große Hängelampe von Messing gegossen und durchbrochen, so wie ein dergleichen Raucherfaß durch gewaltsame Aufsprengung der Hauptthür, geraubt worden. — Am 17. November, Vormittags 11 Uhr, traf Se. Durchlaucht der Fürst Heinrich von Reuß der 74ste, von Jenkendorf im Kreise Görlitz kommend, auf Schloß Neuhof bei Schmiedeberg ein, woselbst derselbe einige Tage verweilen wird.

△ **Waldenburg, 18. Novbr.** [Politisches.] Wir leben hier in politischer Beziehung noch in einem wahren Paradiese der Unschuld, nur einige Wenige haben von dem Baume der Erkenntniß gegessen und diese werden von den Wächtern des Paradieses gehütet, daß sie ihre verderbliche Erkenntniß nicht den Unschuldigen mittheilen. Als Beweis für diese reine, ungetrübte politische Unschuld mag Folgendes gelten. Dieser Tage brachten die hier erscheinenden „Schlesischen Gebirgsblüthen" ausnahmsweise (denn gewöhnlich beschäftigt sich dieses geistreiche Blatt mit Ritter-, Räuber- und Gespenstergeschichten) die bekannten Ansprachen „an die Wähler" der Abgeordneten v. Bethmann-Hollweg, Stahl, Hochberg, Schweinitz, Schlieffen 2c. und die Ansprache der anderen Fraktion: Ammon, Baumstark, Dahlmann, Milde, Rösler, Vincke, Wachler 2c., in Betreff der Abstimmung der ersten Kammer über den Steuer-Bewilligungs-Paragraph 108. Obgleich auf den ersten Blick ersichtlich ist, daß beide Ansprachen von den einander schnurstracks entgegengesetzten politischen Standpunkten ausgehen und die politische Färbung der unterzeichneten Abgeordneten im Lande bekannt genug ist, so fand man doch in einem namhaften hiesigen Kreise keinen Unterschied in den Ansprachen und glaubte, die Einen wollten dasselbe als die Andern. — Wie wenig geistiger Verkehr hier herrscht, mag die Kühnsche Buchhandlung bezeugen, die mit den 2 Pf.-Cigarren bessere Geschäfte macht als mit ihren literarischen Produkten, ausgenommen etwa die Gebetbücher. — Weit lebendiger soll es in dem benachbarten Freiburg hergehen, wo die politischen Fraktionen in allen Nüancen ausgebildet sind und sich zuweilen heftig bekriegen. Die 4 Ecken des dortigen Marktes bilden bekanntlich 4 Gasthäuser, welche die Heerlager der verschiedenen politischen Parteien sind. In dem einen hausen die Demokraten, in dem anderen die Konstitutionellen, in dem dritten die Reaktionäre und das vierte dient zum Aufenthalt aller derer, die in allen und in gar keiner Farbe schillern; zuweilen wird es auch als ein neutraler Ort betrachtet, wo die verschiedenen Parteien zusammenkommen, jedoch ohne daß irgend eine Feindseligkeit oder ein Angriff unternommen werden darf. — Armes Freiburg. Glückliches Waldenburg!

Aus dem Reg.-Bezirk Oppeln. Zu der neu creirten landschaftlichen bäuerlichen Kredit-Anstalt sind viele Anmeldungen erfolgt, wodurch den Besitzern die Hand geboten wird, eine bessere Bewirthschaftung ihrer Grundstücke herbeizuführen, indem sie in den Stand gesetzt sind, sich das ausreichende Zug- und Nutzvieh so wie die nöthigen Saatmittel zu verschaffen, woran es denselben, namentlich in den Kreisen auf dem rechten Oderufer bis jetzt meistens gefehlt hat.

C. C.

Breslau. Angestellt: der ehemal. Unteroffizier Scheiblich als Haushälter am evangelischen Schullehrer-Seminar zu Münsterberg. — Bestätigt: der auf anderweite sechs Jahre wieder gewählte bisherige Rathmann und Kämmerer Ausner zu Canth; der auf anderweite sechs Jahre wieder gewählte unbesoldete Rathmann Kuppe zu Canth; der auf sechs Jahre gewählte unbesoldete Rathmann Blischke zu Winzig.

[Vermächtnisse und Geschenke.] Die zu Oels unverehelicht verstorbene Louise Friederike Gottliebe Hoffmann hat in ihrem am 24. August d. J. publizirten Testament der dortigen städtischen Haupt-Armenkasse ein Legat von 300 Thlr. mit der Weisung vermacht, die Zinsen davon an arme Kranke zu vertheilen. — Der am 16. September d. J. zu Glatz verstorbene emeritirte Pfarrer Anton Ernst hat der städtischen Armenkasse 50 Thlr., deren Zinsen am Sterbetage des Testators an drei arme unbescholtene bürgerliche Familien vertheilt werden sollen, und der städtischen Armen-Deputation 5 Thlr. zur sofortigen Auszahlung an die bedürftigsten Ortsarmen letztwillig zugewendet. — Die am 2. Juli d. J. zu Raake, Oelser Kreises, verstorbene Jungfrau Florentine Steinbach hat in ihrem Testamente der dasigen Kirche 20 Thlr. vermacht. — Die in Ohlau am 4. Februar d. J. verwittwet verstorbene Seifensiederfrau Dorothea Tschentscher, geb. Kaschinsky, hat der dortigen evangelischen Kirche zu einer jährlichen Gedächtniß-Predigt am Sterbetage ihrer verstorbenen Mutter 200 Thlr. und zur Unterhaltung ihres und der Ihrigen gemauerten Grabes 100 Thlr. letztwillig bestimmt. — Der am 12. März d. J. zu Baumgarten, Ohlauer Kreises, verstorbene Bauer-Auszügler Daniel Jacob hat zu einer jährlichen, zu seinem und seiner vor ihm verstorbenen Ehegattin zu haltenden, Predigt 150 Thlr. und der Kirche als ein Geschenk 70 Thlr. vermacht. — Der zu Schweidnitz verstorbene Färberoberälteste Rathsherr Trogisch hat der dasigen Armenkasse 50 Thlr. letztwillig zugewendet. — Die verwittwet verstorbene Frau Raue, Karoline Christiane, geb. Müller, hierselbst, hat der Wunsterschen Stiftung 100 Thlr. vermacht.

Niederschlesisch-Märkische Eisenbahn.

Die Frequenz auf der Niederschlesisch-Märkischen Eisenbahn betrug in der Woche vom 4. bis 10. Novbr. d. J. 13077 Personen und 46254 Rtlr. 13 Sgr. 3 Pf. Gesammt-Einnahme für Personen-, Güter- und Vieh-Transport 2c. vorbehaltlich späterer Feststellung durch die Kontrole.

Inserate.

Bekanntmachung.

Sofort nach dem Ergehen der Verordnungen vom 9. Februar d. J., die Errichtung von Gewerbe-Räthen und Gewerbe-Gerichten betreffend, haben wir die in denselben vorgeschriebenen Vernehmungen der Stadtverordneten, der Kaufmannschaft und sämmtlicher Zünfte veranlaßt, so daß wir bereits am 26. Mai d. J. bei der königlichen Regierung den Antrag stellen konnten, die Genehmigung der Errichtung eines Gewerberathes und eines Gewerbe-Gerichts am hiesigen Orte zu erwirken. Wir haben die gegen den Antrag erhobenen Bedenken der königlichen Regierung ungesäumt zu erledigen gesucht und auch durch weitere Anträge die Erledigung der Angelegenheit betrieben.

Demnach ist durch Ministerial-Erlaß vom 11. Oktober d. J., welcher uns durch Verfügung der königlichen Regierung vom 20. Oktober d. J. zugegangen ist, die Errichtung eines Gewerbe-Rathes am hiesigen Orte mit je 5 Mitgliedern aus der Handwerk-, aus der Fabrik- und aus der Handels-Abtheilung, zusammen also mit 15 Mitgliedern genehmigt und wir sind beauftragt worden, die Listen der Wahlberechtigten zu fertigen, um demnächst mit der Wahl vorgehen zu können.

Die Listen, welche wir bereits vom August d. J. ab aus den auf unseren Antrag von der Stadtverordneten-Versammlung vorschußweise bewilligten Geldmitteln haben anfertigen lassen, sind abgeschlossen und zur Auslegung bereit; es ergiebt sich aber, daß die Handwerk-Abtheilung aus 3,867 Arbeitgebern und 4,827 Arbeitnehmern besteht, so daß Wahlbezirke gebildet werden müssen. Dies ist so eben geschehen und der königlichen Regierung, welche die Wahl-Kommissarien zu ernennen hat, mit dem Antrage vorgetragen worden, uns die Leitung der Wahlen, deren 8, 5 in der Handwerk-, 2 in der Fabrik- und 1 in der Handels-Abtheilung stattfinden müssen, zu übertragen.

Wir dürfen erwarten, daß wir bald Bescheid erhalten werden, wonächst sofort der Termin zu den Wahlen anberaumt und die Auslegung der Listen erfolgen wird.

Wir hoffen auch, daß, um die unbedeutenden von den Gewerbetreibenden aufzubringenden Kosten möglichst zu vermindern, mit diesen Wahlen zugleich die der Mitglieder des Gewerbegerichts, wegen dessen allerhöchster Genehmigung nach dem erwähnten Ministerial-Erlasse die Einleitungen getroffen sind, werden verbunden werden können.

Auch die Wahlen der Innungs-Prüfungs-Kommissionen sind längst angeordnet und mit wenigen Ausnahmen erfolgt, so daß auch die Wahlen der Kreis-Prüfungs-Kommissionen in Kürze erfolgen können. Vor Errichtung des Gewerbe-Rathes können aber diese Prüfungs-Kommissionen nicht in Wirksamkeit treten, weil der Gewerbe-Rath nach der in Folge § 42 der Verordnung vom 9. Februar d. J. erlassenen Ministerial-Instruktion sich über die zu stellenden Prüfungs-Aufgaben und über die Prüfungs-Gebühren zu erklären hat.

Inzwischen haben wir den § 23 der Verordnung vom 9. Februar d. J. überall angewendet, und vor Beginn des Gewerbebetriebes den Nachweis der Aufnahme in eine Innung nach erfolgter Prüfung oder das Befähigungszeugniß der nach § 162 der Gewerbe-Ordnung vom 17. Januar 1845 eingesetzten Prüfungsbehörde verlangt. Diese Prüfungsbehörde aber muß, so lange die Prüfungs-Commissionen der Verordnung vom 9. Februar d. J. nicht in Wirksamkeit treten können, selbstredend und nach dem Ministerialerlaß vom 31. März d. J. in Thätigkeit bleiben. Diese Behörde, welche nach dem allegirten § 162 zusammengesetzt ist, muß nach § 163 Gewerbetreibende von dem Gewerbe der zu Prüfenden bei der Prüfung zuziehen und hierbei vorzugsweise auf Innungs-Genossen Rücksicht nehmen, so daß mit Ausnahme der Art der Wahl der Mitglieder dem, was die Verordnung vom 9. Februar d. J. vorschreibt, auch vorgesehen ist.

Breslau, den 20. November 1849.

Der Magistrat hiesiger Haupt- und Residenzstadt.

Sitzung der Stadtverordneten am 22. November.

Verzeichniß der wichtigeren Vorlagen:

1) Wahl zwei unbesoldeter Stadträthe.
2) Kommissions-Gutachten über die Petition an die Kammern, betreffend die Steuer-Regulirungs-Angelegenheit.
3) Kommissions-Gutachten über die Frage, ob gegen die Aufhebung der Städteordnung zu petitioniren sei?
4) Posen-Breslauer Eisenbahn-Angelegenheit.

Der Vorsteher Dr. Grätzer.

Bekanntmachung

Unter Verweisung auf die in dem kirchlichen Wochenblatte erscheinende und von den Kanzeln zu verlesende Bekanntmachung werden die stimmfähigen Mitglieder der Kirchgemeine zu St. Maria Magdalena zu der

Dienstag, den 27. November d. J.,
Vormittags 9 Uhr,

stattfindenden Repräsentanten-Wahl hierdurch eingeladen.

Eintrittskarten sind in den Nachmittagsstunden von 1—3 Uhr täglich zu haben bei dem

Kirchen-Vorsteher Hrn. Güttler, Zwingergasse 1,
Subsenior Hrn. Ulrich, am Magdal.-Kirchhof 7,
Diakonus Hrn. Schmeidler, Schuhbrücke 71,
Diakonus Hrn. Weiß, Predigergasse 3,
Lektor Hrn. Kretschmer, Teichstraße 4,
Apotheker Hrn. Geisler, Hummerei 1,
Fleischermstr. Hrn. Litsche, Kupferschmiedestr. 61,
Kaufm. Hrn. Joh. Jul. Müller, Schuhbrücke 73,
Kirchkassen-Rendant Hrn. Rittermann, am Magdalenen-Kirchhof 3,
Kaufmann Hrn. Simmichen, Hintermarkt 5,
Hofglasermeister Hrn. Strack, Albrechtsstraße 42,
Drechslermstr. Hrn. Wolter, Gr. Groschengasse 9,
Posamentirer Hrn. Heinr. Zeisig sen., Neue Schweidnitzerstraße 5.

Breslau, den 6. November 1849.

Das Kirchen-Kollegium zu St. Maria Magdalena.

Oels, 18. Novbr. Ein Correspondenz-Artikel in der Neuen Oder-Zeitung vom 13ten h., datirt Oels den 12. November, betrachtet unsre Stadt unter einem eigenthümlichen Gesichtswinkel. Die sämmtlichen hiesigen Beamten, die Lehrer am Gymnasium — mit einer einzigen Ausnahme, wie es dort heißt — die Officiere des Landwehr-Bataillons-Stammes, die pensionirten Officieee, bilden eine kompakte Masse der Reaktion und haben auch der Menge der übrigen Einwohnerschaft einen reaktionären Anstrich gegeben; doch soll der eigentliche Bürger demokratischen Sinnes gewesen sein und noch sein, in der Stadt aber der schauderhafteste Kastengeist spuken. — Nun, ich kenne Oels seit fast 20 Jahren, aber in jener Schilderung hätte ich es nicht wiedererkannt. Oels nach politischen Parteien eintheilen! wie lächerlich! Der constitutionelle Verein, heißt es in jener Correspondenz, ist gestorben. Ja, das ist wahr; aber der demokratische Verein, der Bürgerverein, der Volksverein — alle sind gestorben. Bei uns ist die Politik selbst gestorben und begraben. Bürger und Beamte, Officiere und Lehrer trinken „in der Halle" einträchtig und verträglich ihr Glas Lagerbier und umsonst mühen sich die Häupter der ehemaligen demokratischen Partei ab, das gute Einverständniß durch Correspondenzen und heimliche Hetzereien zu stören. — Des Pudels Kern aber entwickelt sich erst im zweiten Theile jenes Artikels. Die Wahl des Polizei-Commissarius Vogt zum Bürgermeister, heißt es dort, werfe einen eigenen Schlagschatten auf unsere Stadt, und der Correspondent läßt demselben bald nach seiner Einführung eine Katzenmusik zu Theil werden und empfiehlt ihm endlich, sich das Vertrauen der niedern Volksschichten zu erwerben. — Zunächst wollten Mitglieder des hiesigen Magistrats diesen Theil der Correspondenz als eine eben so lügenhafte wie schamlose Verdächtigung öffentlich zurückweisen, unterließen es aber auf den Wunsch des Betheiligten. — Unser jetziger Bürgermeister, früher eine Reihe von Jahren in gleicher Stellung in Hainau, ist uns von Seiten seiner früheren Vorgesetzten als ein Mann geschildert worden, der in stürmischen und verwickelten Verhältnissen sich als ein treuer, thätiger und wohldenkender Beamter bewiesen hat, und dessen Werth in der Communal- und Staatsverwaltung gerade unter den jetzigen Zeitumständen vorzugsweise hoch zu rechnen ist. Obwohl erst seit vier Wochen hier in Funktion, hat er doch der Commune durch sein Wirken jetzt schon hinlänglich bewiesen, daß seine Empfehlung nicht in leeren Worten bestand. Mögen Verdächtigungen ihn nicht abhalten, in der bisherigen Art seiner Wirksamkeit fortzufahren. Wahrlich, unserer Commune thut es Noth, einen Mann wie Vogt an der Spitze der Communal-Verwaltung zu haben, der es versteht, dem Gesetze die gebührende Geltung zu verschaffen, dem gedrückten Gewerbestande aufzuhelfen, den Polizeibeamten in ihrer Pflichterfüllung beizustehen, für Verbesserung des Elementarschulwesens sich thätig zu zeigen und der überhand nehmenden Verarmung Schranken zu setzen. Durch seine bisher getroffenen Anordnungen und die Art ihrer Ausführung hat er uns ausreichend bewiesen, daß wir keinen Mißgriff gethan haben.

Und um diesen Mann, dem nicht die haut volé oder der Beamtenstand, sondern die Bürger dieser Stadt durch ihre Vertreter (die ebenfalls zu acht Neunteln dem gewerbetreibenden Bürgerstande angehören) auf seinen Posten berufen haben, recht absichtlich und öffentlich zu kränken, wird ihm von jenem Korrespondenten zugerufen, daß die durch den Kastengeist eingeengten, durch Mahl- und Schlachtsteuer ausgesogenen niederen Volksschichten keines Zuchtmeisters bedürften, der in der ihm zustehenden Macht ein Mittel zur Knechtung derselben erblicke. Um aber dem beregten Artikel die gehörige Publizität zu geben, wird jene ganze Korrespondenz im wörtlichen Abdruck durch das hiesige Wochenblatt zur Kenntniß der Bügerschaft gebracht.

Leute nun, die dergleichen treiben und in der Verdächtigung tüchtiger Beamter den wahren Beruf der Demokratie zu erkennen glauben, dürften sich in ihrer Berechnung gewaltig irren. Hielten wir die meisten Demokratenführer voriges Jahr für gewissenlose Schwindler und speichelleckerische Diener des aufgeregten Willens des schlechteren Theils der Bevölkerung, so halten wir heuer gewiß mit Recht solche Verläumder aus dem Hinterhalte der Anonymität für die wahren Feinde unserer staatlichen, wie unserer Kommunal-Verhältnisse; denn ihre Saat ist Mißtrauen und Verdächtigung, ihre Ernte ist Haß. Möge solche Bestrebungen die wohlverdiente allgemeine Verachtung treffen.

Böhmer, Oberlehrer am Gymnasium.

Zweite Beilage zu № 272 der Breslauer Zeitung.

Mittwoch den 21. November 1849.

Aufforderung.

Am 25. September d. J., Nachts 2 Uhr, hat eine, wahrscheinlich durch Frevlerhand erzeugte Feuersbrunst in Deutsch-Wartenberg, Grünberger Kreises, 17 Bürgerhäuser und 28 Nebengebäude in Asche gelegt. Gegen 114 Personen haben dadurch ihre sämmtlichen Mobilien verloren und nur wenige haben die geringen Kleidungsstücke, welche sie auf dem Leibe getragen. — Die Noth und das Elend der Abgebrannten ist sehr groß, indem darunter theils viele unbemittelte Gewerbtreibende, die nun auf längere Zeit in ihrem Brodterwerbe gestört, theils hülfsbedürftige Ackerbürger sich befinden, die ihre sämmtlichen, zur Durchwinterung ihres Viehes erforderlichen Vorräthe eingebüßt haben. — Wir fordern daher die hiesige, zur Hülfe immer bereitwillige Einwohnerschaft hierdurch zu milden Gaben, sowohl an Geld als Kleidern und Wäsche für jene Unglücklichen dringend auf und bemerken, daß unser Rathhaus-Inspektor Neßler angewiesen ist, die eingehenden Spenden in Empfang zu nehmen.

Breslau, den 9. November 1849.

Der Magistrat hiesiger Haupt- und Residenz-Stadt.

Dem Andenken
unserer guten Schwester und Schwägerin
Henriette Bartels
am Jahrestage ihres Todes
gewidmet von den Hinterbliebenen.
Friedland, den 21. November 1849.

Ein Jahr ist heut im Zeitenring geschieden,
Seit, Theure, ach! das treue Herz Dir brach;
So lange schon ruhst Du in Gottes Frieden,
Im stillen Erdenschlafgemach.
Wir denken Dein; wir rufen heut auf's Neue
Dein Lebensbild, Du Gute, uns zurück.
Es ist das Bild der zarten Lieb' und Treue,
Verwebt mit unserm Lebensglück.
Wie hast Du doch der Deinen Müh' und Sorgen
So gern getheilt auf Deiner Pilgerbahn!
Mit neuer Lust an jedem neuen Morgen
Und stillem Fleiß Dein Tagewerk gethan.
Drum schlägt das Herz in tiefgefühlten Schlägen,
Wie kreisend auch des Lebens Wellen gehn,
Dir dankbar stets und liebevoll entgegen,
Bis wir Dich freudig wiedersehn.



Mise en vente d'une immense quantité de Châles de Paris et Lyon, pendant la foire de Breslau à Hotel de l'oie d'or.

Diminution étonnante sur les prix des années précédentes.



Das Lager franz. gewirkter Doppel-Shawls und Tücher

(**„à la ville de Lyon"**) befindet sich wieder diesen Breslauer Markt **im Gasthof zur goldnen Gans**, und empfiehlt in reichster Auswahl und im neuesten Geschmack zu **außerordentlich herabgesetzten Fabrikpreisen**, sowohl en gros als en détail:

Doppel-long-Châles, in allen erdenklichen Grundfarben, **unter Garantie von reiner** Wolle, so wie in Cachemir, deren Preis früher 30, 40, 50, 80 Rthl. war, jetzt zu **16, 20, 25 Rthlr.** u. f.

Große viereckige Tücher, in allen Farben, **unter Garantie von ganz Wolle**, deren Preis früher **12, 15, 18, 24, 30 Rthl.** war, jetzt zu **7, 9, 12 bis 20 Rthl.**

dito in Halbwollen gewirkt, in schwarz, grün, blau, von $3^1/_2$ bis 5 Rthl.

Karrirte und glatte Winter-Tartan-Doppel-Shawls, ganz Wolle zu $3^1/_2$, 4 und 5 Rthl.

Jeder Shawl ist mit dem Preise ausgeschrieben und wird über die Echtheit eine schriftliche Garantie beigefügt.

Während des Breslauer Marktes im Gasthof „zur goldnen Gans", par terre.

Theater-Nachricht.

Mittwoch den 21. Novbr. 47ste Vorstellung des Abonnements von 70 Vorstellungen. **Letztes Debüt des Frln. Babnigg.** **„Die Nachtwandlerin."** Oper in 3 Akten, Musik von Bellini. — Amina, Frln. **Babnigg.**

Donnerstag den 22. Novbr. Bei aufgehobenem Abonnement. **Benefiz für Fräulein Schwelle.** Zum ersten Male: **„Viel Lärm um nichts."** Lustspiel in 3 Akten von W. Shakespeare, für die Bühne eingerichtet von Karl v. Holtei. — Hierauf: **Arie** aus der Oper **„Die Zigeunerin"** von Balfe, vorgetragen von Fräulein Babnigg. — Zum Schluß: **Mimisch-plastische Darstellungen**, ausgeführt von Fräulein Schwelle.

Todes-Anzeige.

Am 16ten d. M. starb mein geliebter Mann, der Obergerichts-Assessor Wilhelm Kühnast, an der Cholera, nachdem ihm am 14ten unsere Tochter Anna vorangegangen war.

Kosten, den 19. Novbr. 1849.

Agnes Kühnast, geb. Fritsch, mit drei Kindern.

Historische Section.

Donnerstag, den 22. Novbr., Abends 6 Uhr. Herr Prof. Dr. Röpell: Die Politik Preussens in den Wirren der niederländischen Republik 1783—88.

Donnerstag den 22. Nov., im Musiksaale der Universität, **Konzert**, gegeben von der erblindeten Sängerin **Auguste Knop.**

Programm.

1) Trio, Gdur, von Beethoven, für Violine, Violoncello und Pianoforte, vorgetragen den HH. Lüstner, Kahl und C. Schnabel.
2) Arie aus „Fidelio" von Beethoven, vorgetragen von der Konzertgeberin.
3) Duett „Suleika" von Mendelssohn, vorgetragen von Herrn Flögel und der Konzertgeberin.
4) Nocturno und Fantasie für Pianoforte, komponirt und vorgetragen von Herrn C. Schnabel.
5) Recitativ und Arie aus „Titus" von Mozart, vorgetragen von der Konzertgeberin.
6) Zwei Lieder für Tenor:
   a) „Das blinde Vögelein" von Schmidt,
   b) „Die böse Farbe" von Fr. Schubert,
   vorgetragen von Herrn Flögel.
7) Zwei Lieder für Sopran von Mendelssohn:
   a) Nachtlied,
   b) Das letzte Frühlingslied.

Billete à 15 Sgr. sind in sämmtlichen Musikalien-Handlungen zu haben. Kassenpreis 20 Sgr. Anfang präcise 7 Uhr.

Mittel gegen **Magenkrampf**, à Fl. 2½ Sgr., bei **C. A. Bartsch**, Reuschestr. 2, 2 Stieg.

Israelit. Handlungsdiener-Institut.
Mittwoch den 21. Nov., Abends 8 Uhr, 2te Vorlesung des Herrn Dr. Adler.

Mein Comptoir befindet sich jetzt Hintermarkt Nr. 2 in der frühern Lesehalle.
Breslau, Nov. 1849. C. Hr. Cubasch.

Die Gerüchte, die in Folge meiner Anzeige vom 18. Oktober c. über **Siegmund Neumann** entstanden sind, beruhen sämmtlich auf einem Irrthum von mir, den ich recht gern hiermit zu seiner Genugthuung erkläre.

Breslau, den 19. Nov. 1849.

B. Julinsburg.

Subhastations-Bekanntmachung.

Zum nothwendigen Verkaufe des hier Ursuliner Straße Nr. 2 belegenen, dem Kaufmann Joel Gabriel Chaffack gehörigen, auf 4228 Rthlr. 7 Sgr. geschätzten Grundstücks, haben wir einen Termin

auf den 25. Januar 1850,
Vormittags 11 Uhr,

vor dem Herrn Obergerichts-Assessor Wendt in unserm Parteien-Zimmer anberaumt.

Taxe und Hypotheken-Schein können in der Subhastations-Registratur eingesehen werden.

Breslau, den 18. September 1849.

Königl. Stadtgericht. Abtheilung I.

Nothwendiger Verkauf.

Die Papiermühle Nr. 31 zu Egelsdorf nebst den dazu gehörigen Gebäuden und Grundstücken, wovon der Ertragswerth der Papierfabrik auf 4000 Rtl.,
der Werth der Gebäude auf 10,190 Rtl.,
der Werth der Grundstücke auf 2356 Rtl. 7 Sgr. 6 Pf.
abgeschätzt worden ist, soll den
22. Dezember Vormittag 11 Uhr,
an Gerichtsstelle subhastirt werden. Taxe und Hypothekenschein sind bei uns einzusehen.

Friedeberg a. Q., den 12. Juni 1849.

Königliche Kreis-Gerichts-Kommission.

Holzverkauf.

Jetzt wird in der Klafterholz-Spedition zu Kieferkretscham die Klafter Kiefern- und Fichten-Leibholz mit 2 Rthl. 25 Sgr. verkauft.

Zuschenhammer, den 18. Novbr. 1849.

Das herzoglich Medziborer-Forstamt.
R. Bieneck.

Ein leichter, zweispänniger **Kutschwagen** und ein starker **Brettwagen** stehen Langegasse Nr. 22 zum billigen Verkauf.

Auktions-Anzeige.

Donnerstag, den 22. d. M., Vormittags 9 Uhr und folgenden Vormittag sollen in Nr. 15, Ritterplatz, Uhren, Porzellan 2c., Kleidungsstücke, Betten und Leinenzeug, Möbels, Adelungs grammat. krit. Wörterbuch in 4 Bdn., Posamentir-Waaren, 100 Flaschen Rheinwein, so wie eine Kiste mit 120 Flaschen ächten Champagner, gegen baare Zahlung versteigert werden; letzterer wird Donnerstag Nachmittag 3 Uhr auf dem hiesigen Packhofe unversteuert verkauft werden.

Breslau, den 19. Nov. 1849.

Hertel, Kommissionsrath.

Den 24. Novbr. 12 Uhr in Dürrgoy werde ich von dem Bauergute Nr. 5 daselbst morgenweise sämmtliche Aecker im Auftrage des jetzigen Eigenthümers auf mehrere Jahre verpachten, und lade Pachtlustige hierzu ein.

Feuerstein.

Durch einen zur Zeit selbstständig wirthschaftenden Gutsverwalter, über dessen Fähigkeiten seine unter sehr ungünstigen Verhältnissen erzielten Resultate die besten Zeugnisse geben, wird zu Johannis 1850 eine anderweitige derartige Stellung gesucht. Weniger ein bestimmtes Gehalt, als bestimmte Procente über einen gewissen Reinertrag des Gutes, verbunden mit nicht zu beschränktem Wirkungskreise, würden die Ansprüche sein. Geneigte Anerbieten beliebe man unter dem Zeichen: Z. K. poste restante Breslau einzusenden.

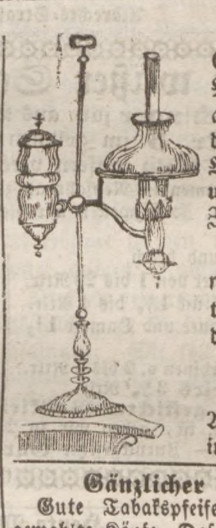
Haus-Verkauf.

In Pirna, welches von dem Elbstrom bespült, durch Dampfschifffahrt und durch die sächsisch-böhmische Eisenbahn mit dem herrlichen, sonst 2 Meilen entfernten, jetzt auf 30 Minuten nahe gerückten Dresden in der engsten Verbindung steht, ist an der Ecke des Hauptmarktes eines der schönsten Häuser des Orts mit der einen Front nach Mittag und mit der andern nach Morgen gelegen, herrschaftlich eingerichteten Etagen, mit Kaufmannsgewölben, Niederlagen, Pferdeställen, Wagenremisen, laufendem Wasser im Hofraum u. s. w., im Parterre mit herrlichen Kellern u. s. w., wegen gewünschter baldiger Erbsonderung für einen äußerst billigen Preis zu verkaufen und Näheres bei Herrn Advokat **Krebs** daselbst zu erfahren.

Für Daguerreotypisten.

Berliner Daguereotyp-Platten bester Qualität zu Fabrikpreisen bei **Otto Richter**, am Ringe Nr. 45.

Meinen geehrten Abnehmern die Anzeige, daß die guten Berliner Borst-Pinsel angekommen sind. J. F. Scholtz, Altbüßerstr. 6.



Schiebelampen aller Größen in Messing und Neusilber, wie auch alle andern Arten Lampen, desgl. sind zu haben Ofenvorsätzer, Kohlen- und Wasser-Eimer von Zink.

Die gesuchten geruchsfreien Commoditées sind ebenfalls wieder vorräthig bei

Th. Stahl,
Klemptner-Meister,
Albrechtsstraße Nr. 53,
im 1. Viertel v. Ringe.

Gänzlicher Ausverkauf.

Gute Tabakspfeifen, Meerschaum- und gemahlte Köpfe, Dosen, Stöcke und vielerlei Sachen zu Geschenken verkauft billig **E. F. Dreßler**, Riemerzeile Nr. 14 im Durchgange.

Konzert-Saal

Café restaurant.

Morgen Donnerstag, den 22. Nov.: Großes

Abend-Konzert

der Breslauer Musikgesellschaft.

Entree à Person 2½ Sgr. Anfang 7 Uhr.

Zum Wurstessen
heute Mittag und Abend ladet ergebenst ein:
Ernst Wende, Kretschmer,
im Dammhirsch Nr. 18 am Neumatkt.

Zur **Kirmes** nebst **Wurst-Abendbrot**, Mittwoch und Donnerstag, den 21. und 22. November, im **Groß-Kretscham** auf dem Dome, ladet ergebenst ein:

W. Seiffert.

Eine Demoiselle,

welche im Garniren von Hüten und Hauben vollkommen geübt ist, findet sofort ein dauerndes Engagement in der Damenputz-Handlung am Ringe Nr. 50.

Neueste schott. Vollheringe,

die $1/_{16}$ Tonne mit circa 45 Stück 27½ Sgr. incl. Gebind, so wie Tonnenweise billigst, empfiehlt von frischer Zufuhr:

Herrmann Stefke, Reuschestraße 63.

In dem Hause Nr. 85 der Tauenzienstraße in dritter Etage ist ein sehr gut erhaltenes **Flügelfortepiano** von Mahagonyholz zu verkaufen.

In der Buchhandlung von **Graß, Barth u. Comp.** in **Breslau**, Herrenstr. 20, ist zu haben:

Die Vampyrbraut
oder die Wirkungen des bösen Blicks.

Aus dem Ungarischen des Köreshazy Ferenz von F. Nork. 8. 1 Rthlr.

Das Interesse für das fabelhafte Wesen der Vampyre, welches in neuerer Zeit durch Byron's allbekannte Dichtung, durch Lindpaintner's und Marschner's Tongemälde, so wie durch Schneiders Roman „die Queiße" und durch Spindler's Novelle „der Vampyr" so sehr angeregt worden, ist wohl die vollgültigste Empfehlung für den hier angezeigten ungarischen Originalroman, der ein Gemälde aufrollt, das die Nachtseite der Natur in ihrer ganzen Schauerlichkeit wiedergiebt, und welcher die Bewohner des Landes, auf die bisher die Blicke von ganz Europa gerichtet waren und noch sind, — in getreuen Lokalbeziehungen charakterisirt.

Bei Robert Otto Schulze in Leipzig erschien und ist vorräthig bei **Graß, Barth u. Comp.** in **Breslau**, Herrenstraße Nr. 20:

Keine Zahnschmerzen mehr!

Ein augenblicklich helfendes, wenig kostendes und weder nachtheilig auf die Zähne noch auf das Zahnfleisch wirkendes Mittel gegen Zahnschmerz.

Verkl. Preis 5 Sgr.

Sämmtliche geehrte Mitglieder des Schlesischen Provinzial-Vereins für die Besserung der Strafgefangenen werden zu der

am 25. November, Vormittags 11 Uhr,

im königl. Regierungsgebäude stattfindenden General-Versammlung hierdurch ergebenst eingeladen. Breslau, den 6. November 1849.

Direktorium des Schlesischen Provinzial-Vereins für Besserung der Strafgefangenen.

Sohr. Abegg. Gillet. Kracker von Schwarzenfeld. Middeldorpff. v. Paczensky. Pulvermacher. Rother. Schwarz. Sommerbrodt. Werner.

Zu verkaufen

ist in einer größeren Provinzialstadt Preußens eine größere, gut eingerichtete **Buchdruckerei** und **Steindruckerei** nebst dem Verlage eines seit 50 Jahren bestehenden, 3mal wöchentlich erscheinenden, sehr verbreiteten Wochen- und Intelligenzblattes und noch einem andern einträglichen Verlagsartikel. Zu berücksichtigen ist, daß dies Geschäft in der unruhigen Zeit (1848/1849) ebenso einträglich war, als in ruhigen Jahren. Zur Sicherheit des Käufers soll der Kaufpreis nach dem jährlichen Ertrage bestimmt werden, und zwar fordert Verkäufer nur ein Drittel des Reinertrages mit 5 Proz. kapitalisirt, also für je 1000 Thaler jährlichen Reinertrages 6666 Thaler Kapital. Der Materialwerth der Buch- und Steindruckerei ist circa 10,000 Thaler. Käufer, die nicht 20,000 Thaler anzahlen können, wollen sich nicht melden. Kauflustige wollen sich in frankirten Briefen an Herrn Buchhändler **H. Burchhardt** in Berlin wenden.

Der Besitzer eines auf einer der schönsten Hauptstraßen der inneren Stadt gelegenen **Hauses**, welches sich sicher auf 20,000 Rthlr. verzinset, ist Willens, dasselbe gegen ein anderes oder auch gegen eine ländliche Besitzung zu vertauschen, und wird bei städtischem Besitz weniger auf die Beschaffenheit der Gebäude, als auf Hofraum gesehen werden. Offerten nimmt der Kaufmann **Plautze**, Ohlauer Straße Nr. 62, an.

Frische nord. Kräuter-Anchovis, Kiel. Sprotten, Hamburger Speckbücklinge, geräucherte Lachse

offerire ich von neuen Sendungen bester Qualität.

Karl Straka,
Albrechts-Straße Nr. 39, der königl. Bank gegenüber.

Lager weißer Schweizer-Waaren

von **Gebr. Hechinger** jun. aus Buchau und St. Gallen, **Schweidnitzerstraße Nr. 5** im goldnen Löwen erste Etage. Zur gefälligen Notiz unsern verehrten Bekannten.

Da wir vom kommenden Neujahr an zu Gunsten unserer en gros Käufer nur noch Stückweise verkaufen, so bezwecken wir dieses Mal gänzliche Räumung unseres Lagers welches besteht in

$\frac{7}{4}$ bis $\frac{20}{4}$ gestickt und broch. **Gardinen** pr. Fenster von 1 bis 20 Rtlr.
Ballkleider pr. Stück $1\frac{3}{4}$ bis 4 Rtlr.
Bettdecken in Piquee und Damast $1\frac{1}{3}$ bis 4 Rtlr.
Ramage zu Bettgardinen v. 2 bis 3 Rtlr.
Battiste, Cambrics $3\frac{1}{2}$ Rtlr.
$\frac{5}{4}$ bis $\frac{10}{4}$ **Croise** zu **Rouleaux, Spottets** und **Piquee** zu Nachtjacken pro Stück $2\frac{1}{2}$ bis 5 Rtlr.
Unterröcke pro Dtzd. 6 bis 12 Rtlr.
Futtermulls, Organdis 2c.
Leine Taschentücher pro Dtzd. $1\frac{3}{4}$ Rtl.
Gest. „ „ „ 2 Rtlr.

Eine Partie fein **gestickter Ballkleider** in weiß und couleurt, deren Fabrikpreis 7 bis 8 Rtlr. ist, geben wir zu $2\frac{1}{2}$ bis 4 Rtlr. — **Fenstervorsätze** pro Dutzend $1\frac{1}{2}$ Rtlr. — Zurückgesetzte **Gardinen** unter dem Fabrikpreise.

Heute Mittwoch

frische Blut- und Leber-Wurst

nach **Berliner Art** bei **C. F. Dietrich**, Schmiedebrücke Nr. 2.

Die Wachswaaren-Fabrik u. Niederlage

von **Eduard Nickel**, Albrechts-Straße Nr. 7,

im Segen Jakobs, im 2ten Viertel vom Ringe, das 2te Haus von der Ecke der Schuhbrücke, empfiehlt ihr reichhaltiges Waaren-Lager gefälliger Beachtung.

Wiederverkäufer genießen bei Parthie-Entnahme verhältnißmäßige Preisermäßigung.

Von allen Gattungen

Stärke, Puder, Reis- und Kartoffel-Mehl, Ultramarin und Schmalte-Blau, so wie ächter Oranienburger Palmöl-Soda-Seife,

halte ich stets assortirtes Lager.

Hermann Straka,
Dorotheen- und Junkernstraßen-Ecke Nr. 33.

Waldschlößchen-Bier.

Der preußische Eimer Waldschlößchen-Bier kostet

5 Rthlr. 5 Sgr.,

und ist in beliebigen Gebinden von $\frac{1}{2}$ Eimer auf zu haben. Dies zur gütigen Beachtung.

Gebr. Oppler,
Haupt-Niederlage des Waldschlößchen-Biers bei Dresden,
Ring Nr. 8, in den sieben Kurfürsten.

Ausverkauf.

Wegen gänzlicher Aufgabe des Geschäfts verkaufe ich meine sämmtlichen Vorräthe von

Tuch, Boukskin und div. andern Waaren

zu den billigsten, aber festen Preisen. **E. Leinß**, Elisabetstr. Nr. 5, im goldnen Lamm

---

Ein gebildetes Mädchen sucht als Wirthschafterin, Ausgeberin, Führerin des Haushaltes bei Aufsicht über Kinder, oder bei einer einzelnen Dame zum Neujahr eine Stelle. Anfragen werden unter der Adresse F. S. poste restante Liegnitz erbeten.

Geschäfts-Anzeige.

Hiermit erlaube ich mir die ergebene Anzeige zu machen, wie ich die von meinem Vater bisher geführte

Seifen- und Lichte-Fabrik,
Mathias-Straße Nr. 84,

für meine eigene Rechnung übernommen habe.

Indem ich nun meine Fabrikate einer gütigen Beachtung empfehle, versichere ich die zeitgemäß billigsten Preise und die reelste Bedienung.

Breslau, im November 1849.

Karl Wilhelm Kalinke.

Gummischuhe mit Ledersohlen und **Gesundheitssohlen**, welche die Füße stets warm und trocken halten, und nicht naß werden lassen,

Arbeitslampen zu 15 Sgr.,

Lampen mit Glasglocken und Cylinder, $22\frac{1}{2}$, 25, $27\frac{1}{2}$, Taschenlaternen $12\frac{1}{2}$, Thee- und Kaffeebretter 6, 7, 8, 10, 20, 25, Zuckerdosen 3, 5, $7\frac{1}{2}$, 10, Schreibzeuge 10, 12, 15, Wachsstockbüchsen 6, 7, 8 Sgr., eiserne Garnwinden 1 Rtl., Brodkörbchen $17\frac{1}{2}$, 20, Spucknäpfe 5, $7\frac{1}{2}$ Sgr., und

Gleiwitzer Kochgeschirr

empfehlen zu d. in Gleiwitz feststehenden Preisen **Hübner u. Sohn**, Ring 35, eine Tr.

Beste Thran-Glanzwichse.

Für 1 Rtlr. 180 kleine (2 Loth-) oder 90 große (4 Loth-) Schachteln; lose den Ctnr. $5\frac{1}{2}$ Rtlr., in Krausen, à 1 Pfd. 3 Sgr. die Krause, empfiehlt **Herrmann Stefke,**
Reusche Str. 63.

Gasäther und Oelsprit

sind bei Herrn T. W. Kramer, Büttnerstraße Nr. 30, stets vorräthig.

C. F. Capaun.

Ein Lehrling der die Spezerei-Handlung hier erlernen will, und Pension zahlen kann, melde sich Klosterstraße Nr. 81 bei **Richard Lobe.**

Altes Bauholz und Pflastersteine sind bald zu verkaufen Stockgasse 15, eine Stiege.

Auch ist daselbst ein kleines, aber sauberes Quartier bald oder Neujahr zu beziehen.

Ein schöner dreijähriger **Wachtelhund** soll verkauft werden Lange Gasse Nr. 22.

Farbige **Guttapercha-Lichtbilder** in sehr schöner Auswahl empfiehlt:

Theodor Ferber, Albrechtsstr. 11.

Seidene Müllergaze
(Beutel-Tuch) eigener Fabrik

empfiehlt in allen Nummern und Breiten in vorzüglichster Qualität zu bedeutend ermäßigten Preisen: **Wilhelm Landwehr in Berlin.**

---

400 Rthlr.

werden zur ersten Hypothek auf eine ländliche Besitzung gesucht, und ist das Nähere darüber zu erfragen: Oder-Straße Nr. 24, im Gewölbe.

Ein braungefleckter Wachtelhund hat sich zu einem Herrn gefunden. Der rechtmäßige Eigenthümer kann denselben gegen Erstattung der Kosten in Empfang nehmen: Ketzerberg Nr. 17, zwei Stiegen.

Getragene Militair- und Civil-Kleidungsstücke jeder Art werden gekauft und reele Preise dafür bezahlt: Karls-Straße Nr. 50, Ecke der Schweidnitzer Straße, im Laden bei **H. Sontag.**

Elbing. Neunaugen

in Gebinden und stückweise verkauft von jetzt ab billig in schön gerösteten Fischen:

C. F. Rettig,
Kupferschmiede - Strasse
No. 26.

Neue Möbel.

Kirschbaumene, birkene und erlene Kommoden, sowie kirschbaumene Nähtische sind billig zu verkaufen: Reuschestraße 48 bei Dahlem.

Zu vermiethen

ist das von W. Mayer und Comp. innehabende Parterre-Lokal, Schmiedebrücke- und Ursulinerstr.-Ecke Nr. 5/6 von Ostern k. J. ab. Näheres beim Wirth.

Zu vermiethen

ist Schmiedebrücke Nr. 44 der erste und zweite Stock, jeder die Hälfte, der dritte Stock ganz oder getheilt, und bald oder zu Weihnachten zu beziehen. Das Nähere beim Wirth zu erfragen.

Grosse und kleine Wohnungen, Pferdestall und Wagenremisen sind zu beziehen Sandstrasse Nr. 12.

Angekommene Fremde in Zettlitz's Hôtel.

Landes-Aeltester v. Spiegel aus Dammer. Lieutenant von Lemberg aus Oels. Hofrath von Dodowich aus Troppau. Lieutenant v. Winkler aus Neisse. Pfarrer Stiller aus Görlitz.

Auktionen in Breslau.

Den 21. November, Mittags 12 Uhr, Ohlauerstraße vor dem blauen Hirsch: eine Batarde und ein Chaisewagen.

Den 22. November, Vormittag 9 Uhr, Ritterplatz Nr. 15: Uhren, Porzellan, Wein 2c.

„ 22. „ „ 10 „ auf dem Packhofe (Nikolai-Vorstadt), Champagner, Rothwein.

Börsenberichte.

Paris, 17. November. 3% 57. 00. 5% 89. 85.

Berlin, 19. November. Eisenbahn-Aktien: Köln-Mindner $3\frac{1}{2}$% $94\frac{1}{4}$ bez. Krakau-Oberschlesische 4% 72 à $71\frac{1}{2}$ bez. und Br., Prior. 4% $85\frac{1}{2}$ Br. Friedrich-Wilhelms-Nordbahn $53\frac{1}{4}$ à 53 bez. Niederschlesisch-Märkische $3\frac{1}{2}$% $83\frac{3}{8}$ à $\frac{1}{2}$ bez. und Br., Prior. 4% $93\frac{1}{2}$ bez. und Gl., Prior. 5% $102\frac{3}{4}$ bez., Ser. III. 5% 102 Br. Niederschlesisch-Märkische Zweigbahn 4% 31 Br., Prior. 5% 88 Gl. Oberschlesische Litt. A. $3\frac{1}{2}$% $108\frac{1}{2}$ à $\frac{3}{4}$ bez., Litt. B. 105 Gl. — Geld- und Fonds-Course: Freiwillige Staats-Anleihe 5% $106\frac{2}{3}$ bez. und Br. Staats-Schuld-Scheine $3\frac{1}{2}$% $88\frac{7}{8}$ bez. und Gl. Seehandlungs-Prämien-Scheine $101\frac{3}{4}$ bez. Posener Pfandbriefe 4% — $3\frac{1}{2}$% 90 Gl. Preußische Bank-Antheile $95\frac{1}{4}$ Br. Polnische Pfandbriefe alte 4% 96 Br., neue 4% $95\frac{3}{8}$ Gl. Polnische Partial-Obligationen à 500 Fl. $80\frac{1}{2}$ bez., à 300 Fl. 112 Gl.

Die heutige Börse war geschäftslos und Kourse bis auf freiwillige Anleihe und Oberschlesische Litt. A. und B. dorchweg matter.

Wien, 19. November. Fonds bei stillem Geschäft wenig verändert. Loose von 1839 und Fürst Esterhazy'sche höher bezahlt. Auch Pesther und Mailänder Eisenbahn-Aktien höher. Comptanten und Devisen fest und zu höheren Koursen zu lassen; von letzteren besonders Bukarest. $2\frac{1}{4}$ Uhr. 5% Metal. $94\frac{1}{4}$ bis $\frac{3}{8}$; $4\frac{1}{2}$% $83\frac{7}{8}$ bis 84; Nordbahn $107\frac{3}{4}$ bis $107\frac{7}{8}$.

Breslau, 20. November. **(Amtlich.)** Geld- und Fonds-Course: Holländische Rand-Dukaten $95\frac{1}{2}$ Gl. Kaiserliche Dukaten $95\frac{1}{2}$ Gl. Friedrichsd'or $113\frac{1}{2}$ Br. Louisd'or $112\frac{7}{12}$ Br. Polnisches Courant $95\frac{11}{12}$ Gl. Oesterreichische Banknoten $94\frac{1}{3}$ Br. Seehandlungs-Prämien-Scheine 102 Br. Freiwillige Preußische Anleihe $106\frac{5}{12}$ Gl. Staats-Schuld-Scheine per 1000 Rthlr. $3\frac{1}{2}$% $89\frac{1}{12}$ Br. Breslauer Stadt-Obligationen $3\frac{1}{2}$% $96\frac{3}{4}$ Gl. Großherzoglich Posener Pfandbriefe 4% $99\frac{1}{2}$ Gld., neue $3\frac{1}{2}$% 90 Gl. Schlesische Pfandbriefe à 1000 Rthlr. $3\frac{1}{2}$% $95\frac{1}{4}$ Br., Litt. B. 4% 99 Br., $3\frac{1}{2}$% $92\frac{3}{4}$ Br. Alte polnische Pfandbriefe — — neue 95 Gld. Polnische Schatz-Obligationen 4% 80 Gld. Polnische Anleihe 1835 à 500 Fl. $81\frac{1}{2}$ Br. — Eisenbahn-Aktien: Breslau-Schweidnitz-Freiburger 4% 79 Br., Priorität 4% — — Oberschlesische Litt. A. $108\frac{1}{2}$ Gl., Litt. B. $104\frac{1}{2}$ Gl. Krakau-Oberschlesische 71 Br. Niederschlesisch-Märkische 84 Br., Priorität 5% — — Serie III. — — Neisse-Brieger $41\frac{1}{2}$ Br. Köln-Mindener 94 Gld., Priorität 103 Br. Friedrich-Wilhelms-Nordbahn $53\frac{1}{4}$ Br.

Getreide-, Oel- und Zink-Preise in Breslau, den 20. November.

Weizen, weißer 56, 50, 42 Sgr.; gelber 52, 46, 38 Sgr. Roggen 28, $26\frac{1}{2}$, 23 Sgr. Gerste 24, 22, 20 Sgr. Hafer 18, 17, 16 Sgr. Rother Kleesaamen 10 bis $14\frac{1}{2}$ Thlr.; weißer 6 bis $14\frac{1}{2}$ Thlr. Spiritus $5\frac{11}{12}$ Thlr. Gl. Rohes Rüböl $14\frac{5}{6}$ Thlr. Br. Zink loco 4 Thlr. 21 Sgr. zu bedingen. Rapps 111, 108, 106 Sgr. Rübsen 93, 90, 87 Sgr.

Druck und Verlag von Graß, Barth und Comp.

Redakteur: Nimbs.